

die

darmstädter

studentenzeitung

technische hochschule darmstadt

herausgegeben vom asta

wintersemester 1960/61

Prof. Meyer
51

die kante intra muros

schülermeisters erben

schritt der treueit

farnehen

alkanol

Studienbeihilfen

für den technischen und wissenschaftlichen Nachwuchs der Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung.

Der Bundesminister für Verteidigung gewährt zur Förderung geeigneten technischen und wissenschaftlichen Nachwuchses Studienbeihilfen.

1. Welcher Personenkreis kann Studienbeihilfe erhalten?
Studenten an

**Universitäten,
Medizinischen Akademien,
Technischen Hochschulen
und Musikhochschulen.**

2. Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein?

Deutsche Staatsangehörigkeit,
Ableistung des Grundwehrdienstes (Ausnahmen sind möglich),
bestandene Vorprüfung oder Vorlage von Zeugnissen über bisherigen Studienerfolg,
Abgabe einer Verpflichtungserklärung, nach Abschluß des Studiums als Soldat oder Beamter in
der Bundeswehr oder Bundeswehrverwaltung mindestens 8 Jahre Dienst zu leisten. Auf diese Min-
destzeit wird bei Ärzten die Medizinal-Assistentenzeit, bei Apothekern das Kandidatenjahr ange-
rechnet.

3. Wann setzt die Studienförderung ein?

Mit Beginn des Semesters, das der Vorprüfung folgt. Ist eine Vorprüfung nicht vorgesehen, mit
Beginn des 5. Semesters. Bei Studenten der Musik mit Beginn des 3. Semesters.

4. Wie lange wird die Studienbeihilfe gewährt?

Bis zum Ende der für die Hochschulausbildung vorgeschriebenen Mindeststudienzeit einschließlich
der üblichen Prüfungszeit. Die Studienbeihilfe kann über diese Zeit hinaus gewährt werden, wenn
sie für eine gründliche Ausbildung nicht ausreicht.

5. Woraus besteht die Studienbeihilfe?

a) 125,- DM Unterhaltsbeitrag je Monat, der auch während der Semesterferien gezahlt wird.
Dieser Betrag erhöht sich auf 200,- DM, wenn die besuchte Hochschule nicht am ständigen
Wohnsitz des Studierenden liegt. Der erhöhte Betrag wird in den Semesterferien weitergezahlt,
wenn das Studium am bisherigen Studienort fortgesetzt wird.

b) Bis zu 200,- DM Studiengebühren pro Semester.

c) 150,- DM Zuschuß für Lernmittel pro Semester. Bei teilweiser oder vollständiger Lernmittelfrei-
heit ermäßigt sich dieser Betrag; er unterschreitet jedoch nicht 100,- DM pro Semester.

6. Wie werden Studenten, die eine Studienbeihilfe erhalten haben, nach Abschluß ihres Studiums
eingestellt?

Diplom-Ingenieure:

in der Bundeswehr

als Hauptleute

in der Bundeswehrverwaltung

als Regierungsbaureferendare

– Fachrichtung Wehrtechnik –

Physiker, Chemiker od. Mathematiker: als Hauptleute

(in Ausnahmefällen auch Biologen):

Geographen, Geologen od. Geodäten: als Hauptleute

Ärzte:

als Stabsärzte (Besoldung wie Medizinalrat)

Apotheker:

als Stabsapotheker (Besoldung wie Regierungsapotheker)

Kapellmeister:

als Oberleutnante

7. Wohin sind Anträge auf Gewährung einer Studienbeihilfe zu richten?

An den Bundesminister für Verteidigung

Bonn, Ermekeilstraße 27

Einzelheiten über Laufbahnen, Verwendung, Aufstiegsmöglichkeiten, Besoldung usw. erfahren Sie aus
den einschlägigen Merkblättern.

Anforderungen richten Sie bitte an

den Bundesminister für Verteidigung, Bonn, Ermekeilstraße 27

soweit eine Verwendung als technischer Beamter

das Kommando der Freiwilligen-Annahme der Bundeswehr,

Köln 1, Richartzstraße 2, Postfach 988

soweit eine Verwendung als Offizier angestrebt wird.

die darmstädter studentenzeitung

technische hochschule darmstadt

Preis 0,20 DM

INHALT:

Schutz der Freiheit	3
Vorstand abgesägt / Initiativen	4
Dieckmann intra muros	5
Schleiermachers Erben	7
Blindleistung	8
Südafrika à part	9
Studentenfernsehen	10
Die Fliegen	11
Studentenpressefreiheit	12
Studentenwerk	18
Prof. König	19
Nachrichten	22
Bücher	24
Wissenschaftsrat	27
. . . . und aus jahreszeitlichem Anlaß:	
Alkohol - Budenzauber - Wohlstand - Prüfungen	-
Märchen - Unsinn	13-16

die darmstädter studentenzeitung wird herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt und erscheint dreimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Redaktion: Wolfgang Repke (verantwortlich), Heimo Claasen, Wedig von Bonin.

Verantwortlich für „wir lesen für Sie“: Detlef Geisendörfer

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Klischees: Klischee-Haußmann, Darmstadt. Gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Gewähr übernommen.

Abonnement je Semester (einschließlich Versand) 2,- DM.
Anschrift der Redaktion: TH Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 852517.
Sprechstunden tägl. 12-14 h, Westflügel Zwischenstock neben AstA. (Z. 167).

Bilder: Seite 2 und 11 pit ludwig; Seite 26 Herbert Henkler

Herr Klaus Horn von der Marburger Hochschulgruppe des Liberalen Studentenfundes hatte es gewagt, ein Tabu zu durchbrechen: Er lud den Volkskammerpräsidenten der DDR, Herrn Dr. J. Dieckmann zu einer Rede nach Marburg ein und brachte damit seine Überzeugung zum Ausdruck, daß es im Rahmen einer ernstgemeinten Wiedervereinigungspolitik auch nötig sein wird, mit führenden Politikern der DDR ins Gespräch zu kommen.

Wieso diese Veranstaltung fehlgeschlagen ist, und was man das nächste Mal besser machen müßte, soll hier nicht untersucht werden. Der Untersuchung wert aber scheint uns die Reaktion der Marburger Öffentlichkeit und insbesondere der dortigen Studentenschaft zu sein.

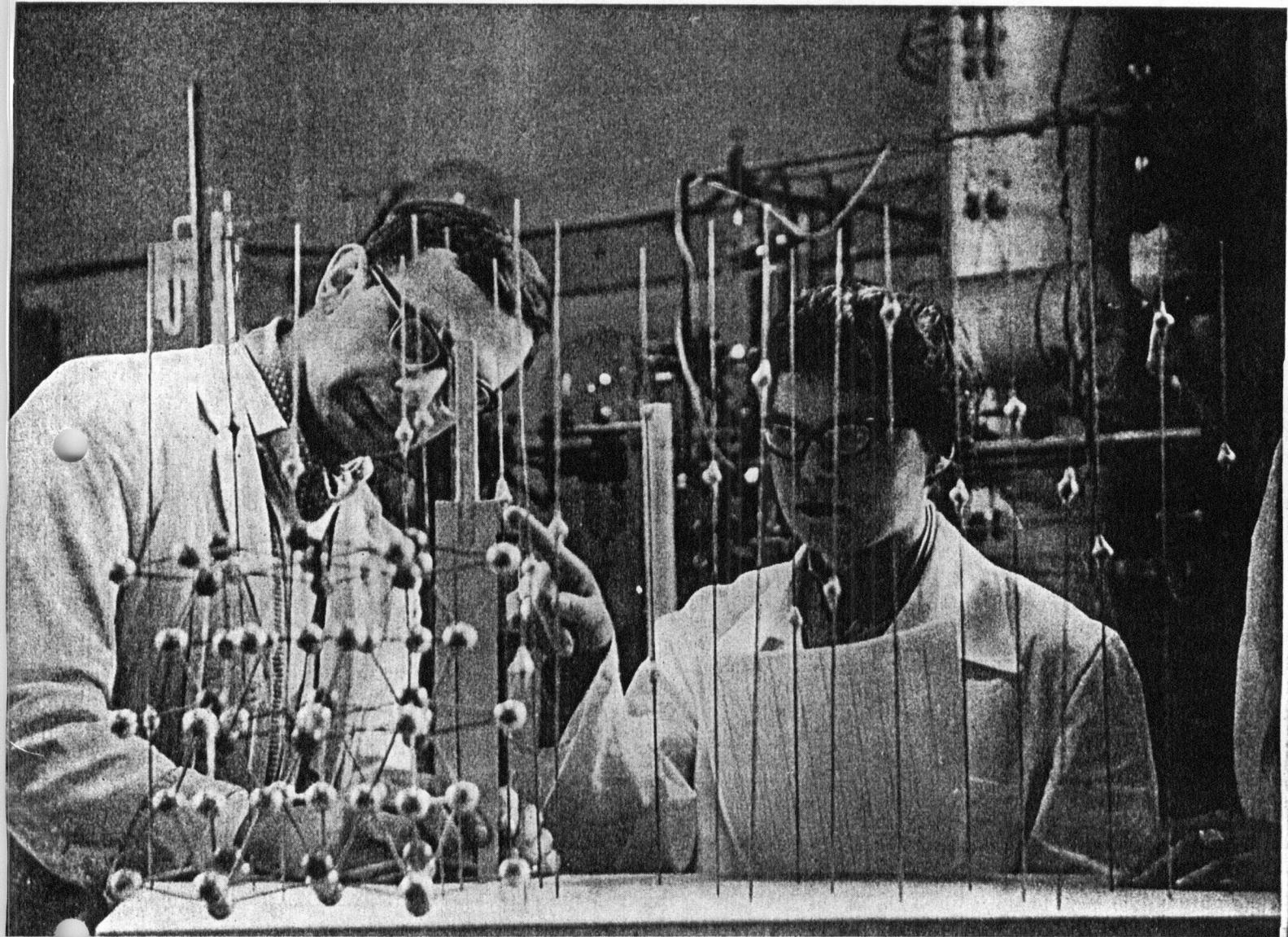
Von einer einhelligen Empörung der Bevölkerung sprach man, als sich vor der Veranstaltung eine etwa 5- bis 8-tausendköpfige Menge in einem Schweigemarsch gegen das Auftreten Dieckmanns in der Bundesrepublik wandte. Nun ist noch sehr die Frage, ob die Empörung spontan war, oder ob es sich um eine durch die fast durchwegs einhellige Meinung der deutschen Presse aufgeputschte Masse handelte. Es steht außer Zweifel, daß diejenigen, die das Unrecht des Regimes der DDR am eigenen Leib erfahren hatten, von einer gerechten Empörung erfüllt waren, man muß aber starke Zweifel hegen, ob dieses politische Bewußtsein im Kopf eines biederen Marburger Bürgers oder politisch desinteressierten Studenten steckte.

Wie dem auch sei, für den Protest wäre die Form des Schweigemarsches das beste gewesen. Was aber danach folgte, war mehr als beschämend. Die feierliche Verbrennung des DDR-Emblems zeugt von einem bewunderswert geschmacklosen politischen Stil. Man muß nicht unbedingt Kommentator des ‚Neuen Deutschlands‘ oder des Deutschlandsenders sein, um unangenehm an Bücherverbrennungen erinnert zu werden. All dieses wäre noch angegangen. Auch die Sprechchöre, die sich aus einer wohl dreitausendköpfigen Menge vor dem Veranstaltungsraum formierten, konnten sich auf das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung berufen. Aber an einem Punkt hört die Freiheit auf. Dann nämlich, wenn diese Masse anfängt zu gröheln ‚Dieckmann raus - hängt ihn auf!‘, und ihrer Meinung durch gezielte Steinwürfe gegen die Fensterscheiben Ausdruck gibt. Man stelle sich das vor: in einem Rechtsstaat wird gegen das Unrecht Lynchjustiz gefordert - und ein großer Teil der deutschen Presse geht mit Schweigen darüber hinweg oder findet entschuldigende Worte.

Gewiß, Marburg ist eine der restaurativsten deutschen Universitätsstädte. Schmisse und Couleur gehören zum guten Ton. Der liberale Geist, der hinter der von Herrn Horn verbreiteten Veranstaltung stand, fand keinen sehr fruchtbaren Boden. Fast die gesamte Studentenvertretung stellte sich gegen ihn.

All das mag zutreffen. Und wir wollen nicht annehmen, daß Dreitausend, so viele drängten sich nach Schätzung der Polizei vor dem Versammlungslokal, ernstlich nachdachten, was sie taten. Aber schon die Tatsache, daß diese Dreitausend, in der Mehrzahl waren es Studenten, mitbrüllten ‚Hängt ihn auf!‘ und beim Klirren der ersten Fensterscheiben aufjubelten, zeigt, wie schnell in Deutschland eine aktive Minderheit von einigen Hundert in der Lage ist, alle Grundsätze der Demokratie über den Haufen zu werfen. Offensichtlich haben wir noch immer nicht gelernt, daß man Andersdenkende mit Argumenten überzeugen soll und nicht niederknüppeln darf.

Sollte sich die Wiedervereinigung einmal unter dem Zeichen vollziehen, wie dieser Teil der Demonstration in Marburg, dann kann man nur hoffen, daß es nicht dazu kommt. Armes Deutschland!



**Im
physikalischen
Laboratorium**

Zum Schutze der Freiheit?

Ähnlich wie vor Jahren bei dem Verbot der kommunistischen Partei in der Bundesrepublik handelt es sich bei dem vom Bundesinnenministerium entworfenen Ein- und Ausreisegesetz um eine Maßnahme, die im Grunde unserer westlichen Auffassung von Demokratie und Freiheit zuwiderläuft. Trotzdem läßt unsere Verfassung – quasi aus Selbsterhaltungstrieb – ein derartiges Vorgehen zu, wenn die verfassungsmäßige Ordnung in Gefahr ist.

Daß sowohl die kommunistische Partei als auch die Agenten der SED auf einen Umsturz in der Bundesrepublik hinarbeiten, wird nicht einmal ein Kommunist leugnen. Tatsächlich jedoch ist die Gesellschaftsordnung weder damals noch heute bedroht, was man unter anderem daran sieht, daß die große Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung von dem Recht, eine gemäßigte, freiheitlich-demokratische Partei zu wählen, Gebrauch macht. Hätte man seinerzeit die kommunistische Partei nicht verboten, könnte man heute sehr genau erkennen, inwieweit sich die östliche Propaganda überhaupt auswirkt. Wäre ein Ansteigen der kommunistischen Wählerzahl festzustellen, so wäre das nicht eine Rechtfertigung für die Befürworter des Verbots der KPD, sondern ein Beweis dafür, daß an unserer Demokratie etwas nicht in Ordnung ist. Die KPD wäre eine Art Stimmungsbarometer für die Politik der Regierung.

Selbst wenn es stimmt, daß jährlich ca. 10 000 mit harten DM-West ausgestattete Agenten in der Bundesrepublik Wühlarbeit betreiben, so dürften ihre propagandistischen Mittel und Möglichkeiten nicht im geringsten mit denen der westdeutschen Parteien konkurrieren können. Sollte die östliche Propaganda trotz ungünstigerer Bedingungen größere Erfolge erzielen als die westliche, so stimmt das sehr bedenklich; vor allem wenn man beachtet, daß beide Seiten doch im Grunde mit der gleichen Methode der Schwarzweiß-Malerei arbeiten. – Wer hätte jemals in Westdeutschland etwas Positives über die SED-Regierung gehört oder gelesen?! –

Wenn der Osten in Westdeutschland wirklich so leicht Boden gewinnen kann, so müßte das bedeuten, daß seine Argumente besser sind. Hierauf wird oft erwidert, daß die Menschen in der Bundesrepublik einem östlichen Demagogen im allgemeinen unterlegen sind und daher vor östlichen Einflüssen zu schützen sind. Hält man dies jedoch für einen unabänderlichen Zustand und spricht dem Bundesbürger ein Urteilsvermögen gänzlich ab, so muß man zugeben, daß man an die Demokratie nicht glaubt. Indem man den Durchschnittsbürger für kritiklos und politisch unmündig erklärt, leitet man die Notwendigkeit der Manipulierung der öffentlichen Meinungsbildung ab. Das heißt aber nichts Anderes, als mit totalitären Mitteln ein Maximum an Demokratie und Freiheit garantieren zu wollen: Ein Widerspruch in sich. Warum läßt man sich die Methoden, die man andererseits verurteilt, vom Gegner aufzwingen? Es ist doch ein paradoxes Vorhaben, mit unfreiheitlichen Mitteln die Freiheit festigen zu wollen.

Vielleicht ist die Mehrheit der Bundesbürger von heute wirklich allzu leicht ein Opfer jeglicher Art von Propaganda. Die Ursache hierfür ist aber nicht ein Zuviel sondern ein Zuwenig an Freiheit. Gerade durch die Abschirmung aller Einflüsse aus dem Osten und durch die allgemein gehandhabte, einseitige Information erzielt man eine kritiklose, in Krisenzeiten jedem Radikalismus preisgegebene Wählerschaft. Um das zu verhindern, wäre es angebracht, uns sowohl mit den negativen als auch mit den **positiven** Seiten des Kommunismus zu konfrontieren. Würden wir der östlichen Propaganda – noch dazu in einer Zeit der wirtschaftlichen Blüte – erliegen, so wäre unsere Demokratie sowieso nicht lebensfähig.

Heutzutage ist unser westliches System durch seinen weit höheren Lebensstandard attraktiv. Aber eines Tages wird auch die Ostzone annähernd so viele Autos, Eisschränke, Radios, etc. wie die Bundesrepublik besitzen. Wie will man dann einen Menschen, dem man systematisch das Denken und jedes individuelle Urteilen abgewöhnt hat, von dem Wert unserer „freiheitlichen“ Ordnung überzeugen? Wenn eines Tages der Lebensstandard in Ost und West ungefähr gleich ist, wird die freiheitliche Gesellschaftsordnung nur dann krisenfesten Bestand haben, wenn sich die Menschen daran gewöhnt haben, ihre freiheitlichen Rechte zu gebrauchen und sie zu schätzen. Daher ist es besser, wenn 60% der Bevölkerung der Bundesrepublik überzeugte Demokraten sind, **obgleich** sie die Vorteile des SED-Regimes kennen, als wenn 90% nur deswegen keine Kommunisten sind, weil sie nicht wissen, was Kommunismus bedeutet; denn diese 90% können im Falle einer Wirtschaftskrise ganz und gar dem Radikalismus verfallen, wie man es ja erst vor einigen Jahrzehnten in Deutschland erlebt hat.

Heinz Hosch

Vorstand abgesägt

Anfang Dezember tagte in Berlin die 46. ordentliche Delegiertenkonferenz (o. DK) des Verbandes Deutscher Studentenschaften. Schon vor dieser Konferenz konnte man den Diskussionen und den Gerüchten in den Kreisen der Studentenfunktionäre entnehmen, daß es heiß hergehen würde. Die Finanzen des VDS, so hieß es, seien mit einem Defizit von 130 000 DM belastet. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) so hieß es, habe auf seiner letzten Tagung in Kiel beschlossen, die wesentlichsten Posten innerhalb der Studentischen Selbstverwaltung möglichst noch vor dem Wahlkampf mit linientreuen Funktionären besetzen zu lassen.

Nun, in Berlin kam es dazu noch nicht. Im ganzen gesehen, war allerdings die gesamte o. DK genauso unerquicklich wie die vorher umherschwirrenden Gerüchte. Zur sachlichen Arbeit kam es, außer auf dem Gebiet der Hochschulreform, wo man sich energisch mit der Frage der Zwischenprüfungen und den Empfehlungen des Wissenschaftsrates auseinandersetzte, im wesentlichen nicht. Auf dem Gesamtdeutschen Sektor zeigte sich das fast völlige Zusammenbrechen der bisherigen Politik des VDS in „Gesamtdeutscher Bildungsarbeit“. Aus verständlichen Gründen ist man nicht bereit, sich zu Gesprächen mit FDJ-Funktionären zusammenzusetzen. Und reine Informationsarbeit ist für die politisch weitgehend nicht sonderlich interessierte Studentenschaft kein großes Anreizmittel. Der Schwerpunkt der Diskussion lag bei der Frage, wie man die verfahrenre Finanz- und Personalpolitik des Verbandes wieder ins rechte Gleis bringen könnte. Es war ersichtlich, daß der VDS zum Zeitpunkt der DK ein Defizit von etwa 50 000 DM aufzuweisen hatte. Bei sehr großem Optimismus konnte man hoffen, das Defizit bis zum Ende der Amtsperiode auf ca. 20 000 DM abzubauen. Ein Sparprogramm wurde vorgelegt, alles schien nach außen hin glatt zu gehen. In der Nacht vom 10. auf 11. Dezember, kurz vor Ende der DK, richtete ein Mitglied des Überprüfungsausschusses in einer 10-Punkte-Erklärung äußerst scharfe Angriffe gegen den Vorstand. Obgleich ein Großteil der Delegierten bereits abreisen wollte, ging die Konferenz weiter bis frühmorgens 7 Uhr. Daß der Vorstand sich noch hielt, war weniger auf die Überzeugung der Delegierten, als auf deren Mitleid zurückzuführen. Ein Untersuchungsausschuß sollte die Vorwürfe klären, und

Anfang Januar auf einer außerordentlichen Delegiertenkonferenz in München Bericht erstatten.

Auf der außerordentlichen Delegiertenkonferenz in München war es dann so weit. Der gesamte alte Vorstand wurde nach einer fast zwölfstündigen Debatte mit knapper Mehrheit – 20 gegen 17 Stimmen, bei 1 Enthaltung – abberufen. Die 17 Gegenstimmen waren wohl nicht so sehr für den alten Vorstand, sie fürchteten wohl vielmehr das, was darnach kommen könnte. Der Mißtrauensantrag wurde nämlich überwiegend von RCDS-Mitgliedern eingebracht.

Aber die Machtergreifung des RCDS fand nicht statt. Zum ersten Vorsitzenden wurde mit überwältigender Mehrheit der bisherige Landesverbandsvorsitzende des Landesverbandes Hessen, Wilfried Faß, Frankfurt, gewählt, der zugleich Vorsitzender des Untersuchungsausschusses und des Gesamtdeutschen Ausschusses war. Stellvertretender Vorsitzender für innere Angelegenheiten wurde der Delegierte Lottenburger aus Berlin, von dem Gerüchte besagen, daß er schon bei der Gründung des VDS mitgewirkt habe. Zum stellvertretenden Vorsitzenden für Äußeres wählte die DK nach längerer Diskussion Hans-Joachim Kumlin, ebenfalls aus Berlin.

Unerwünschte Initiativen?

Anfang November erschien im Wald der deutschen Studentenzeitungen ein neues Pflänzchen. Die Katholische Deutsche Studentenvereinigung warf die erste Nummer der neuen katholischen Studentenzeitung „Initiative“ auf den Markt, nachdem sie mit dem Vorgänger, der „Einigung“ keine sonderlichen Erfolge in der breiten Studentenöffentlichkeit erzielen konnte. Das Äußere der Zeitung, die in Darmstadt in der Mensa vertrieben wurde, überraschte: Format und Satzbild entsprachen im wesentlichen dem heißumstrittenen „konkret“.

Der schlichte, mausgraue Student mochte sich über die muntere, z. T. forsch aggressive Art freuen, weite Teile der katholischen Öffentlichkeit taten das nicht: Die in Würzburg erscheinende „Die Allgemeine Sonntagszeitung“ gab sich entrüstet: Schließlich geht es doch nicht an, daß das Zentralorgan der KDSE sich „wortreich über die ungelösten Rassenprobleme der USA, den schmutzigen Krieg Frankreichs in Algerien“ verbreitet. Und

wenn eine katholische Studentenzeitung Zweifel an der Lauterkeit eines CDU-Sprechers, an Staatssekretär Globke oder an einem CDU-Arbeitsminister äußert, dann wird es unerfreulich. Das alles wäre vielleicht noch angegangen: Aber daß Studenten es wagen, die Grundsätze der katholischen Hochbegabtenförderung, wie sie von deren Leiter dargestellt wird, einer beißenden Kritik zu unterziehen, das brach ihnen den Hals. „Niedertracht“ oder „Lümmelhaftigkeit“ das war nicht das Schlimmste, was man ihnen vorwarf.

Der geschäftsführende Vorstand der KDSE entließ, ein juristisch durchaus zweifelhafter Akt, den für diesen Artikel verantwortlichen Redakteur, nicht ohne darauf hinzuweisen, daß „die durch die Häufung einiger Artikel entstandene Tendenz nicht dem Anliegen entspreche“.

Daraufhin traten die restlichen drei Redaktionsmitglieder geschlossen zurück.

Offensichtlich hatte der geschäftsführende Vorstand damit gerechnet, daß sämtliche katholischen Studentengemeinden ihm Dank dafür schulden würden. Glücklicherweise war dem nicht so. Einige Gemeinden, unter ihnen auch Darmstadt, forderten die Einberufung eines außerordentlichen Vertretertages, um die Unstimmigkeiten zu klären. Die dafür erforderlichen Stimmen kamen nicht zusammen.

Inzwischen war in Gesprächen in den Spitzengremien der KDSE versucht worden, die Angelegenheit intern zu bereinigen. Für die Januarnummer wurde eine kommissarische Redaktion eingesetzt, die drei zurückgetretenen Redaktionsmitglieder der ersten Nummer erklärten sich bereit, im Februar wieder mitzuarbeiten.

Die Januarnummer erschien, sie war im Vergleich zur vorhergehenden „auf Vordermann gebracht“. Es fehlten fast alle heißen Eisen, man schoß nicht mehr, nicht einmal gegen die SPD. Beim Lesen fühlte man nichts mehr von dem Prickeln unter der Haut, das einen bei der vorausgegangenen Nummer so angenehm berührt hatte. – Zudem waren einige katholische Studentengemeinden, auch die KSG Darmstadt, der Ansicht, daß man die Angelegenheit auf diese Weise wohl doch nicht bereinigen könnte. Sie schickten die Januarnummer zurück und wollten die „Initiative“ erst wieder vertreiben, wenn die ganze Angelegenheit bereinigt wäre.

Man darf gespannt sein, wie der Vertretertag der KDSE, der Ende Februar tagt, zum „Fall Initiative“ reagieren wird. Welche Entscheidung er auch fällt, es ist zu hoffen, daß die „Initiative“ in einer ähnlichen Form wie im November weitererscheinen kann. Die deutsche Studentenpresse wäre ohne diese „Initiative“ ärmer.

Als Klaus Horn, Vorsitzender der Marburger Gruppe des Liberalen Studentenbundes, den Volkskammerpräsidenten der Zone bei einem Messebesuch in Leipzig zur Annahme seiner Einladung nach Marburg provozierte, mag ihm wohl kaum ein so mageres Ergebnis seiner Initiative vorgeschwebt haben, wie es die Veranstaltung im Marbacher Kurhaus bewies. Der Versuch, die innerdeutsche Diskussion anzukurbeln, ist gescheitert, und die schlimmen Befürchtungen derer, die noch heute den Standpunkt des Redenlassens gegenüber mitteldeutschen Kommunisten vertreten, sind durch den Auftritt des Pseudo-Altliberalen Dieckmann bestätigt worden. Johannes Dieckmann bot darüberhinaus – und sein Ausspruch – „Wir sind da liberal, wo wir können“ scheint darauf hinzudeuten – das traurige Beispiel eines Mannes im falschen Zug, der, ohne Aussicht auf Bremsung der sausen Fahrt, sich schließlich notgedrungen anpaßt, wobei Charakter und persönlicher Ehrgeiz ihn alle Grundsätze vergessen lassen.

Zu Beginn der Marburger Rede Dieckmanns legte Horn nochmals die Gründe dar, die ihn zu der Einladung veranlaßt hatten. Er zitierte Dehler, Achenbach und wies auf die für deutsche Verhältnisse typische Haltung hin, Studenten eigener politischer Vorstellungen, wenn man sie schon nicht als Agenten und Zonenfreunde verleumden könne, großmütig der Naivität und kindlich gutherziger Vorstellungen zu zeihen. Aber, kontierte Horn, „das hat der Herr Bundeskanzler ja auch von Herrn Mende gesagt.“ Die beiden deutschen Staaten seien existent, in verwaltungstechnischem Sinne sei Pankow auch bereits von der Bundesrepublik anerkannt, jedoch könne man nicht von einer moralischen Gleichwertigkeit sprechen. Dieckmann bekräftigte mit heroischem Pathos diese Auffassung, „wenn auch in einem ganzen anderen Sinne“.

„Über die realen Möglichkeiten der Wiedervereinigung“ stand als Thema auf dem Programm des Marburger LSD. Es hätte ebensogut „Die Bedingungen Pankows für die Wiedervereinigung“ heißen können. Der Bruch des Potsdamer Abkommens durch die Gründung des Trizonenstaates sei der Anfang gewesen, erklärte Dieckmann, und „ein Staat, der von einer Besatzungsmacht ohne Beteiligung des Volkes aufgerichtet wurde, kann niemals auf Dauer bestehen“. Diese Bemerkung zeigte deutlich, daß man in Deutschland zwar eine Sprache spricht, aber

unterschiedlich denkt: das Publikum applaudierte lebhaft.

Als auch nach einer Stunde noch nicht von realen Möglichkeiten zur Wiedervereinigung die Rede war, steigerte sich die Unruhe im Saale bedrohlich. Das frenetische Geschrei des sonst so passiven studentischen Mobs vor dem Kurhaus („Dieckmann raus – hängt ihn auf! Mörder!“) veranlaßte den Veranstalter, die Versammlung nach 65 Minuten Dauer für beendet zu erklären und um Räumung des Saales zu bitten. Stürmischer Protest des Publikums und gegenseitige Beschwörungen „Sitzbleiben“ ermöglichten kurze Zeit später, nachdem die inzwischen eingeschlagenen Fensterscheiben mit Tischen verbarrikadiert waren, die Fortsetzung des Vortrags.

Dieckmann stellte sich dann den Zuhörern als radikaler Pazifist vor. Die Völker der Welt stöhnten unter der Last des Wettrüstens und drohten darunter fast zusammenzubrechen. – Während Lautsprecher der Polizei die Demonstranten vor Türen und Fenstern an ihre akademischen Qualitäten zu erinnern suchten, erklärte der Zonenvolkskammerpräsident das Versagen der Weimarer Demokratie. Über ein Interview Stresmanns durch einen englischen Journalisten, in dem sich der deutsche Staatsmann bitter über die verantwortungslose Haltung der westlichen Demokratien beklagt, gerät er unversehens zu völliger Verdammung des parlamentarischen Systems. „Sollten wir nicht daraus lernen?“ und „Die Kernfrage ist die des preußisch-deutschen Militarismus“. Besser konnte die Oberflächlichkeit des Denkens und die Bedeutungslosigkeit dieses Mannes nicht illustriert werden. Wie zahlreiche politisch unmündige Deutsche der Weimarer Zeit identifiziert er in glänzender Vereinfachung das Versagen der Repräsentanten ohne weiteres mit dem des Systems. Er sei zutiefst besorgt über die Entwicklung in Westdeutschland, fuhr Dieckmann fort, doch könne man die Gegenüberstellung von 52 Millionen Deutschen in der Bundesrepublik und 17 Millionen in der DDR nicht ohne Einschränkung gelten lassen; die Stärke des Friedenslagers der sozialistischen Staaten werde für den Frieden bürgen. Den Vergleich des westdeutschen mit dem zonalen Staatshaushalt (40 Milliarden DM gegen 50 Milliarden DM) interpretiert er dahingehend, daß in der DDR „eben alles wieder dem Volke und dem weiteren Aufbau des Sozialismus zugutekommt“. Den 20% des Militär-Budgetanteils in der Bundes-

republik ständen nur 2% in Mitteldeutschland gegenüber. Die realen Möglichkeiten ergäben sich somit immer deutlicher:

1. Verzicht auf westdeutsche Atomwaffen.
2. Abbau der Streitkräfte bis auf Polizeitruppen.
3. Aussöhnung mit der Sowjetunion.
4. Ausräumung der Bürgerkriegsgefahr durch Abschluß eines Friedensvertrages mit zwei deutschen Staaten.
5. Beseitigung des anormalen Krisenherdes West-Berlin.

Womit denn die Vollständigkeit der Pankower up-to-date Thesen erreicht war. Mehrfach berief sich der Zonenkammerpräsident auf seine in 45-jähriger Tätigkeit erworbenen Erfahrungen, auf seine Begegnungen mit führenden Staatsmännern „aus aller Welt“. Seine Zuhörer verwies er des öfteren auf ihre Nichtkompetenz in Sachen Politik. „Haben Sie den jemals etwas vom dialektischen Materialismus gehört?“ Das Publikum hatte und wurde eben darum des makabren Spiels zusehends müder.

Die Diskussion, durch nur wenige profilierte Beiträge gekennzeichnet, versandete sehr bald im Phraseologischen. Indem man Dieckmann die Freiheit zugestand, mehrere Fragen gleichzeitig zu beantworten, verlor man die Chance zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung. Es war dem Zonengast ein Leichtes, bei Fragen zum Thema Jugendweihe, 17. Juni, Landwirtschaft oder Kirchentag entweder auszuweichen oder die herkömmlichen Propagandaformeln des Neuen Deutschland nachzubeten. Nach den Gründen für die anhaltende Flüchtlingsbewegung befragt, fabelte er über „westdeutsche Animmernädchen“ und manches jungen Mannes Enttäuschung, Nachbars Tochter nicht heiraten zu können.

Daß es so nicht geht, schmälert nicht den Dank an Klaus Horn, der mit diesem mißglückten Experiment erstmals dafür eintrat, getreu dem kurioserweise gerade von Dieckmann zitierten Fichtewort „in deutscher Sprache im eigenen Lande miteinander zu reden“. War die Begegnung mit einem offensichtlich wenig qualifizierten Prominenten der DDR auch ein Fehlschlag, so entbindet sie doch die Studenten der Bundesrepublik nicht von der Pflicht, die sachlich-fachlichen Kontakte zu Universitäten und Hochschulen Mitteldeutschlands weiterhin zu suchen und vor politischen Streitgesprächen nicht zurückzuschrecken, vielmehr alles zu tun, für die unvermeidliche geistige Auseinandersetzung gewappnet zu sein.

H. Schramm

Nachdem in jüngster Vergangenheit mehrmals Kritik an dem Verhalten der heutigen Studenten laut geworden ist, soll hier der Versuch gemacht werden, einen Überblick über die markantesten Äußerungen zu geben. Man wirft den Studenten vor, ihre Rechte und Pflichten nicht wahrzunehmen und sich lediglich als Anstaltsbenutzer, als ‚Arbeitnehmer‘ einer Körperschaft zu geben.

Man kritisiert das geringe Interesse der Studenten an einem Auslandsstudium:

„Von den 40 000 „Honnef-Studenten“ haben nach den dem deutschen Studentenwerk vorliegenden Zahlen zwischen 0,5 und 1% es für angebracht gehalten, sich ein Jahr lang an einer Universität des Auslandes einzuschreiben! Im wesentlichen handelt es sich wohl um ein paar in ihrer Sache besonders verbissene Philologen und Sprachstudenten, deren Studienfach so auslandsbezogen ist, daß sie in der schweren Bürde des Auslandsstudiums eine Art besonderen Berufsrisikos sehen müssen. Alle anderen „Kollegen“ bleiben lieber im Lande, obwohl sie im Ausland aus dem großen Honnef-Topf noch einen extra Zuschlag erhielten, der so hoch ist, daß dadurch z. B. für Paris ihr Stipendium nahezu verdoppelt würde: Bund und Länder bieten für ein Jahr Studium in Paris einen Monats-Wechsel von fast DM 400,- an. Offensichtlich fährt aber der deutsche Student des Jahres 1960 nur nach Paris, um sich – mit Hilfe der Auslandsstelle – 6 Tage lang an Weltattraktionen zu delegieren. Das andere Angebot schlägt er aus.“

(Aus „Wirtschaft und Wissenschaft“ Nr. 34)

Die Universität wird immer mehr durch die Studenten zum reinen Lern-Betrieb erniedrigt.

„Die Universität? Die Universität selbst liegt überhaupt nicht mehr im Gesichtskreis der Studenten. Ich habe in einer Mensa 23 Studenten nach dem Namen des Rektors gefragt – er war nur einem bekannt, nach 2jähriger Amtszeit. Die Universität wird als eine Art staatlich-gesellschaftspolitisch gesteuerte Ausbildungsmaschinerie verstanden, innerhalb derer, man sich an den Produktionsweg zu halten hat, will man nicht zwischen die Räder geraten. Sie hat für den Studenten keinen Personen-Charakter mehr.“

(„Immer nur Ansprüche“ v. Dr. Jürgen Fischer, aus „Die Welt“)

„Die Universität entläßt immer mehr reine Fachleute, die sich von Spezialisten in anderen Berufen nur durch die größere Zahl der Schul- und Ausbildungsjahre unterscheiden.“

(Aus: „Studieren, aber nichts riskieren“ von P. Menke-Glückert, „Deutsche Zeitung“)

Man kritisiert die starke Berufsbezogenheit, und die geringen Interessen der Studenten, „etwas mehr“ als das reine fachliche Wissen zu erfassen.

„Für den Teil der Studentenschaft, der so denkt, scheint die wissenschaftliche Hochschule nichts als eine Ausbildungsstätte, die der Staat zur Verfügung stellt, um qualifizierte Fachleute zu produzieren, die er ja braucht. Sie hat zu funktionieren und zwar so, daß man mit möglichst wenig Aufwand an eigenen Mühen die neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft auf seinem Fachgebiet in sich aufnehmen und die Grundzüge ihrer Anwendung erlernen kann. Man will also ausgebildet sein, möglichst schnell, möglichst perfekt, um die Praktiken des erstrebten Berufs zu beherrschen. Das Bewußtsein, eine Gemeinschaft besonderer Art, der der Lehrenden und um der Erkenntnisfähigkeit willen Lernenden, anzugehören, ist, wohl nicht zuletzt infolge der starken Berufsbezogenheit vieler Studenten, weitgehend verloren gegangen. Und was die Freiheit des Lernens betrifft, sie scheint unbequem zu werden und beginnt manchen Mißverständnissen zum Opfer zu fallen. Nicht daß man im

Studium nach strengen Ausbildungsregeln mit festen Lehr- und Stundenplänen geradezu verlangte, aber die heute bei einem Teil der Studentenschaft verbreitete Auffassung über den Charakter wissenschaftlichen Studiums weist auf diese Entwicklung hin. Allenthalben vernimmt man die Klage, die Studentenschaft zeige immer weniger Neigung, die Bildungsmöglichkeiten, die die Universität in so reichem Maße zur Verfügung stellt, wirklich auszunutzen. Daß sich der Student aus eigenem Antrieb für Dinge interessiert, die außerhalb seines Studienfaches liegen, wird immer seltener. Ja, auch im eigenen Fach beschäftigt er sich häufig nur mit dem Stoff, der in der Prüfung verlangt wird.“

(Aus: „Unbequemer Humboldt“ von Fritz Martin „FAZ“)

„Es sind immer die gleichen Gesichter, die man in den Vorträgen des Studium generale, in den Veranstaltungen der politischen Studentengruppen, auf den Studententagen sieht. Sie sind es auch, die in Studentenzeitungen für ihre Kommilitonen sprechen, die für Mitwirkung an der akademischen Selbstverwaltung eintreten oder die sich über das deutsche Bildungswesen Gedanken machen. Nach einer vorsichtigen Schätzung sind es nicht mehr als 1 bis 1,5% aller Studenten, die bewußt am Schicksal der Universität teilnehmen und über die Grenzpfähle ihres Faches hinaus schauen.“

(Aus: „Studieren, aber nichts riskieren“)

Und als krönenden Abschluß könnte man ein Zitat von Dr. Jürgen Fischer, dem Generalsekretär der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) bringen.

„Für die Studenten an den deutschen Universitäten sollte es nun keinen pardon mehr geben, denn sie mißbrauchen und ruinieren die Freiheit des Studiums, in dem sie sie nicht nützen, nicht verteidigen, ja, in dem sie sie gar nicht mehr wollen. Niemals in der deutschen Hochschulgeschichte sind von den Studenten geringere geistige und größere institutionelle Ansprüche an die Universität gestellt worden.“

Nun, man wird nicht gerade entzückt über solche und ähnliche Äußerungen sein. Es bleibe hier auch dahin gestellt, in wieweit das überhaupt zutreffend ist. Vielmehr soll hier der Versuch gemacht werden, die sog. Freiheit des Studiums, oder besser die akademische Freiheit etwas genauer zu beleuchten.

Nach den Vorstellungen Schleiermachers (in seinen 1808 veröffentlichten „Gelegentliche Gedanken über Universitäten im deutschen Sinn“) wird man zwei Seiten dieser Freiheit unterscheiden müssen. Auf der einen Seite, die Freiheit der geistigen Beschäftigungen, die im Vergleich zur Schule keinerlei Zwang unterworfen ist.

„... nirgends werden sie hingetrieben, und nichts ist ihnen verschlossen. Niemand befiehlt ihnen, diese oder jene Lehrstunden zu besuchen; niemand kann ihnen Vorwürfe machen, wenn sie es nachlässig tun oder unterlassen. Über alle ihre Beschäftigungen gibt es keine Aufsicht, als nur so viel sie selbst einem Lehrer freiwillig übertragen. Sie wissen, was von ihnen gefordert wird, wenn sie die Universität verlassen und was für Prüfungen ihnen dann bevorstehen. Aber mit welchem Eifer sie nun diesem Ziel entgegen arbeiten wollen, und wie gleichförmig oder ungleich ihn verteilen, das bleibt ganz ihnen selbst anheim gestellt. Man sorgt dafür, daß es ihnen an Hilfsmitteln nicht fehle, um immer tiefer in ihr Studium einzudringen. Wie gut oder schlecht sie sie aber benutzen, darüber zieht sie, wenn es auch bemerkt wird, wenigstens niemand unmittelbar zur Rechenschaft. So haben sie also volle Freiheit, sich der Tätigkeit zu überlassen und den nichtwürdigen Zerstreuungen, und und können anstatt eines löblichen Fleißes die schönste Zeit ihres Lebens unverantwortlich verschwenden.“

SCHLEIERMACHERS ERBEN

Schleiermacher, WRK und die Presse zur Freiheit des Studiums

Die Begründung für ein solches Verhalten drückt er folgendermaßen aus:

„... man vergißt, daß das Lernen an und für sich, wie es auch sei, nicht der Zweck der Universität ist, sondern das Erkennen. Daß dort nicht das Gedächtnis angefüllt, auch nicht bloß der Verstand soll bereichert werden, sondern daß ein ganz neues Leben, daß ein höherer, der wahrhaft wissenschaftliche Geist soll erregt werden. Dieses aber gelingt nun einmal nicht im Zwang; sondern der Versuch kann nur angestellt werden in der Temperatur einer völligen Freiheit des Geistes.“

Hier wird also jede Einschränkung abgelehnt oder um mit seinen Worten zu reden,

„... auch die mindeste Spur von Zwang, jede noch so leise bewußte Einwirkung einer äußeren Autorität ist verderblich. Und diejenigen, welche die Natur für die Wissenschaft bestimmt hat, sind doch die Würdigsten, die eigentlichen Glieder der Universität; alles ist um ihretwillen da, alles muß sich auf sie beziehen, und nichts darf gelitten werden, was ihnen schlechthin zuwider sein müßte. Wir haben freilich gesehen, daß die größere Anzahl immer aus solchen bestehen wird, welche nicht bestimmt sind, in das Innerste der Wissenschaft einzudringen; aber ebenso auch, daß es in dem Geiste der Universität liegt, keinen äußeren Unterschied in der Behandlung beider festzusetzen, sondern von der Voraussetzung auszugehen, als würden alle sich zu jener Höhe erheben lassen. Darum müssen alle sich dieser Freiheit erfreuen, und hiervon ist umso weniger etwas nachzulassen, da ja gar nicht folgt, daß diejenigen, die freilich nicht den rechten Nutzen aus ihr ziehen, sie deshalb mißbrauchen müssen als eine Lockung zur Trägheit und Zerstreuung.“

Über die Gefahren, die mit dieser Freiheit verbunden sind, sagt er folgendes:

„Gibt es aber auf der Universität Jünglinge, welche weder durch diese Mittel zu einem regelmäßigen Studium zu bringen sind, noch kraft jener Freiheit selbst und der durch sie sich entwickelnden innern Lust und Liebe zur Wissenschaft unmittelbar, den dargebotenen Unterricht benutzen: so sind dies unstreitig solche, welche gar nicht auf eine Universität, und gar nicht, auch nicht als treue Arbeiter, in das Gebiet der Wissenschaft gehören, welche entweder ganz abgeneigt sind der Erkenntnis, oder gar auch einer niedrigen Denkungsart hingeben. Daß sich dies eher zeigt in diesem Reiche der Freiheit und vielleicht schneller die Oberhand gewinnt, das ist weder für sie selbst, für ihre Sittlichkeit und ihren persönlichen Wert, noch auch für die Gesellschaft ein Verlust zu nennen, welche es lieber darauf wagen muß, daß solche, die schon einen unrichtigen Weg eingeschlagen hatten, die Zeit verlieren oder eiliger in ihr Verderben gehen, als daß sie denken, auf welchem ihre schönsten Hoffnungen ruhn, das Mittel entziehen sollte, diese wirklich zu erfüllen. Die Freiheit aber, mit jedem den Versuch zu machen, wie er ihm zusagt, darf weder der Staat, noch der wissenschaftliche Körper beschränken.“

Die zweite Seite der Freiheit könnte man als die „Freiheit der Sitten“ bezeichnen.

„Genau genommen möchte das Wesen dieser Freiheit nur darin bestehen, daß die Studenten sich von fast alldem freihalten, was sonst in der Gesellschaft Konvenienz ist, daß sie sich an die Sitten nicht binden, denen hernach jeder in dem Stande, welchen er wählet sich fügen muß, sondern daß sich auf der Universität die verschiedensten Sitten und Lebensweisen auf das freieste entfalten können. Auf der Straße leben und wohnen auf antike Art; sie mit Musik und Gesang – oft ziemlich rohen – erfüllen, wie die Südländer; Schlemmen, wie der Reichste solange es gehen kann, oder eine Menge von gewohnten Bequemlichkeiten bis zu zynischer Unordnung entsagen, wie der Ärmste, ohne eines von beiden zu sein; die Kleidung aufs sorgloseste vernachlässigen, oder mit zierkünstlerischer Aufmerksamkeit eigentümlich daran schnörkeln; eigene Sprachbildung, und eigene geräuschvolle Arten, Beifall oder Tadel zu äußern, und ein vorzüglich auf diese ungestörte Mannigfaltigkeit sich beziehender gewissermaßen öffentlich eingestandener und gestatteter Gemeingeist: dies ist unstreitig das Wesen der studentischen Freiheit, und alles, was sich sonst noch daran hängt, nur zufällig.“

Genug mit Zitaten. Die ersten Fragen, die sich nun ergeben, werden folgende sein:

Sind diese Vorstellungen in der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts, wo die soziale Struktur sich so grundlegend verändert hat, überhaupt noch haltbar? Sind die Ansprüche, die an den heutigen wissenschaftlichen Hochschulen gestellt werden nicht ganz anderer Natur? Werden in der heutigen Industrie-Gesellschaft nicht in steigendem Maße Kräfte mit Hochschulbildung benötigt, so daß man wirklich darauf achten muß, möglichst schnell fertig zu werden, und möglichst viel Fachwissen mitzunehmen, um sich in der Praxis überhaupt durchsetzen zu können? Stehen die Anforderungen, die an den Studenten heute gestellt werden, nicht schon im Widerspruch zu dieser Freiheit? Der Generalsekretär der westdeutschen Rektorenkonferenz meinte: die Studenten wollen die Freiheit nicht. Frage: will sie denn heute überhaupt noch jemand innerhalb der Körperschaft Hochschule?

Wie es auch sein mag, indem man die Schuldigen am heutigen Zustand der wissenschaftlichen Hochschule nur innerhalb der Studentenschaft und an wirtschaftlichen Faktoren sucht, wird man das Problem nicht lösen. Vielmehr lautet doch die Frage; was soll die Universität heute überhaupt? Ist das Bildungsideal eines Humboldt, Fichte oder Schleiermacher heute noch vertretbar? Ganz wohl kaum, und wenn überhaupt, dann aber mit welchen Einschränkungen? Und wie kann die Universität heute, unter den veränderten Bedingungen, ihrem Auftrag gerecht werden?

Eine Antwort darauf zu finden kann nicht nur Aufgabe der „Höheren Instanzen“ sein. Die Studenten sind aufgefordert, ihren Anteil dazu beizutragen. Die nächsten Monate und Jahre werden zeigen, wie viel sie beizutragen gedenken.

Leo Nefidow

Referent für Hochschul- und Bildungsfragen

Etwa 600 im Sonntagsstaat steckende junge Menschen erheben sich und stehen, sich der Feierlichkeit des Augenblickes bewußt werdend, stumm. Dann sprechen sie langsam die Worte ihres Rektors nach:

„Ich verspreche, die Hochschulgesetze zu achten, die Ordnung zu schützen, den Frieden zu wahren und Kameradschaft zu halten; ich gelobe, nach Wahrheit zu streben und mein Wissen zu mehren, um nicht nur mir selbst zu nützen, sondern auch nach meinen Kräften das Wohl der Menschheit und ihre Kultur zu fördern.“

Mit diesem Gelöbniß sind sie „akademische Bürger“ geworden und haben als solche neue Rechte und Pflichten übernommen. Und wieder einmal fällt mit erschreckender Deutlichkeit auf, wie leicht man jemanden überreden kann, etwas zu versprechen, über dessen Tragweite er sich im vollen Maße gar nicht klar ist, ja, gar nicht klar sein kann. Ich meine mit dieser Unklarheit das, was man unter den „Hochschulgesetzen“ versteht. Als ich einem Herrn des allgemeinen Sekretariates eine diesbezügliche Frage stellte, antwortet er, der ansonsten immer bestens informiert ist, nach einem kurzen, verlegenen Schweigen: „Ja, wissen Sie, darüber hat sich hier noch kein Mensch Gedanken gemacht.“ Nach diesem Selbsttor der Hochschulinstitution, bei der sich der Student allgemein über ähnliche Fragen allein erkundigen kann, haben wir dann gemeinsam Nachforschungen angestellt und herausgefunden, daß man zu den Hochschulgesetzen zuerst einmal die „Allgemeinen Vorschriften für die Studierenden an den Wissenschaftlichen Hochschulen des Landes Hessen“ in der Ausgabe vom 29. März 1957, dann die vom Großen Senat der THD beschlossene „Vorläufige Strafordnung“ in der Fassung vom 1. November 1956, und schließlich alle in der Hochschul- und Studentenschaftsverfassung die Studentenschaft betreffenden Artikel sowie derartige, veröffentlichte Senatsbeschlüsse versteht.

Es würde zu weit führen, hier auch nur die wesentlichsten dieser Gesetze anzuführen: wichtig ist zunächst nur, daß die Neu-Immatrikulierten die Achtung vor Gesetzen geloben, die sie gar nicht kennen, und die sie nach einer Auskunft des Rechtsrates der Hochschule erst kennenlernen, wenn sie dagegen verstoßen haben. Darüberhinaus herrscht innerhalb der hierfür zuständigen Stellen der Hochschule über die Rechtsgültigkeit z. B. der vorläufigen Strafordnung keine Einigkeit. Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß nach ihrer letzten Änderung im Jahre 1956 kein Disziplinarverfahren mehr stattgefunden hat, obgleich in der vergangenen Zeit ganz sicher mehrmals die Notwendigkeit bestand, seine Entscheidung herbeizuführen. Offensichtlich mißtraut der Rechtsrat der Hochschule der Rechtsgültigkeit solcher Beschlüsse und ist bemüht, vorkommende Verstöße gegen die Disziplinarordnung in anderer Weise zu regeln. Nimmt er aber damit dem Angeklagten nicht die Möglichkeit einer Berufung vor dem in der vorläufigen Strafordnung vorgesehenen Disziplinarobergericht? Nach Meinung von Prof. Pleyer ist die Disziplinarordnung geltendes Recht, weil vom Großen Senat erlassen und, da sie nicht Bestandteil der Hochschulverfassung ist, keiner Genehmigung der Landesbehörden bedarf. So bietet sich also dem um Information bemühten Studenten hier eines der kennzeichnenden Merkmale deutschen Hochschulrechts: Eine allgemeine Rechtsunsicherheit. Diese und verschiedene Änderungswünsche der Hochschule, die Strafordnung betreffend, (von denen allerdings die Studentenvertreter nichts wissen, obwohl nach Auskunft des Sekretariates schon feste Formulierungen vorliegen) scheinen die Begründung für das Bestreben zu sein, die Aufmerksamkeit des Studierenden nicht auf das über ihm hängende Damoklesschwert zu lenken.

Hans Stark

In den technischen Wissenschaften ist eine immer weitergehende Differenzierung der Disziplinen eingetreten. Eine universelle Bildung ist nicht mehr möglich. Die Einarbeitung in ein Fachgebiet wird immer schwieriger. Sie ist nur noch dem Spezialisten möglich, der notwendigerweise auf außerhalb seines Faches liegendes Wissen verzichten muß. Dennoch ist man der Auffassung, daß auch der Ingenieur über eine gewisse Allgemeinbildung verfügen sollte.

Sicher bietet z. B. unsere TH eine Fülle von allgemeinbildenden Vorlesungen, Seminaren und Vorträgen an. Aber die Mehrzahl der Studenten wird nicht erreicht. An diesem Angebot an Vorträgen ist der Allgemeine Studentenausschuß maßgeblich beteiligt. Die Referate für politische Bildung und für Kultur veranstalten in jedem Semester Vorträge, Seminare, Theateraufführungen usw.

Rechnet man dazu noch Bücher, Zeitungen, Theater und Filme, so stehen dem Studenten eine Fülle an Bildungs- und Informationsmöglichkeiten zur Verfügung. In diesem großen Angebot liegen auch gewisse Gefahren. Schopenhauer schreibt über den Menschen, der täglich eine Fülle von Eindrücken aufnimmt, ohne sie geistig zu verarbeiten: „sein Gemüt wird ein Chaos, eine gewisse Verworrenheit kommt in seine Gedanken, von welcher alsbald das Abrupte Fragmentarische, gleichsam Kleingehackte seiner Konversation zeugt. Dies ist um so mehr der Fall, je größer die äußere Unruhe, die Menge der Eindrücke und je geringer die innere Tätigkeit seines Geistes ist.“

Eine einigermaßen sichere Gewähr dafür, daß das behandelte Thema von einzelnen erfaßt und geistig verarbeitet wird, bietet eigentlich nur das Seminar mit begrenzter Teilnehmerzahl, etwa 8–15 Personen. Leider hat der AStA trotz attraktiver Themen entmutigende Erfahrungen mit derartigen Veranstaltungen gemacht, meistens mußten sie wegen mangelnder Beteiligung ausfallen. Ihren Kummer darüber trösteten die AStA-Referenten dadurch, daß sie zum Mißfallen der Hochschule im akademischen show-business skandalumwitterte Persönlichkeiten auf Großveranstaltungen sprechen ließen.

Trotzdem sollte der AStA sich bemühen, solche Themen zu wählen, die den Studenten von seinem Fachgebiet her interessieren. Man sollte dem Studenten Anregungen und Möglichkeiten geben, sein eigenes Fach einzuordnen und zu einem tieferen Verständnis zu kommen.

Der Student, bzw. später der Ingenieur, soll die Auswirkungen seines eigenen Handelns in der Gesellschaft überschauen und sich dafür verantwortlich fühlen. Darüber hinaus sollte er Verständnis für die geistigen Wurzeln bzw. die historische Entwicklung seiner Wissenschaft aufbringen. Er soll wissen, welche politischen, wirtschaftlichen und psychologischen Auswirkungen sein Handeln hat. In diesem Sinne hat der AStA im vergangenen Wintersemester ein Seminar veranstaltet mit dem Thema: „Die politischen und soziologischen Auswirkungen der Automation.“

Sinnvoll wären auch Vorträge, die Entwicklungen aufzeigen, die zu unserem heutigen naturwissenschaftlichen, technischen Denken geführt haben. Also Vorträge über die Geschichte der Naturwissenschaft und Technik. Etwa das Weltbild der alten Griechen, der Beginn der Moderne, Galilei, Kopernikus, Newton; Entwicklung der Mathematik; die großen Erfindungen und ihre Auswirkungen auf die Produktionsverhältnisse.

Ich glaube, es wäre zu begrüßen, wenn es dem neuen AStA gelingen würde, Professoren unserer Hochschule für derartige Vorträge zu gewinnen. Stellt es sich dabei heraus, daß das Vorhaben bei der Studentenschaft Anklang findet, könnte man es zu einem festen Bestandteil der Vorlesungen machen.

R. Lochau

Im vergangenen Jahr nahm fast jeder Staat Afrikas die Gelegenheit wahr, für kurze oder längere Zeit die Schlagzeilen der Weltpresse für sich in Anspruch zu nehmen. Selbst die beiden seit langer Zeit nach außen hin gefestigt erscheinenden Gebiete machten davon keine Ausnahme: Äthiopien im Dezember und die Südafrikanische Union im März nach den Vorfällen in Sharpeville. Doch die Presse ist undankbar und wechselt ihre Favoriten mit der Sonntagsnummer.

Der Regierung der Südafrikanischen Union jedoch kommt diese Nichtbeachtung durch die Weltöffentlichkeit nur gelegen, kann sie doch in Abgeschiedenheit und Stille ihre Politik viel unbeeinflußter fortsetzen nach den Prinzipien, die sie seit der Gründung im Jahre 1910 verfolgt.

Die Südafrikanische Union ist ein vielrassiger Staat. Dies entstand durch die Einführung von Sklaven (ab 1657) und durch die Übernahme afrikanisch besiedelter Bezirke in das Gebiet der kleinen „weißen“ Kolonie in den folgenden Jahrzehnten. Die Freilassung der Sklaven 1834 vergrößerte die bereits bestehenden Probleme, die nach der Gründung der Union 1910 zu nicht geahnten Schwierigkeiten führen sollten.

Von vornherein waren sich die „Europäer“ Südafrikas darüber einig, daß die Südecke des Kontinents „weißes“ Land sei und bleiben müsse.

Berichtet Dr. Verwoerd, damaliger Minister für Eingeborenenangelegenheiten, 1952 vor dem Parlament in Kapstadt: „Eingeborenenpolitik hat in der Union, soweit es die Regierungsform betrifft, bisher auf zwei divergierenden Auffassungen geruht: die eine nahm das Stammesystem als eine statische Form, die früher oder später mit der Lebensweise der Bantu verschwinden wird; die andere ruhte auf der Annahme, daß Fortschritt nur durch eine Neuorientierung und ein Wechseln auf westliche Verwaltungsmethoden für die Bantu erreicht werden kann. Diese Politik würde zu immer weitergehenden Forderungen für völlige politische Gleichheit mit den Europäern geführt haben. Diese könnte gegebenenfalls eine nicht-europäische Herrschaft hervorbringen.“

„Alle Regierungen bis heute haben erklärt, daß sie sich gegen solche Forderungen wenden.“

Diese Konzeption bestimmt die Handlungen der Regierung der Nationalen Partei – die, 1933 gegründet, sich bis zum Wahlsieg Dr. Malans 1948 in der Opposition befand – in viel stärkerem Maße als die (teilweise britisch beeinflussten) Regierungen vorher. Das Ziel dieser Politik ist eine parallele Entwicklung der verschiedenen Rassengruppen und ein paralleles Leben unter verschiedenen Verwaltungen, aber einer – „europäischen“ – Regierung. Damit werden die von der Regierung gerne angeführten Beispiele einer getrennten Entwicklung verschiedener Rassengruppen auf gleichem Territorium – Indien, Irland, Israel – hinfällig, denn es handelt sich bei diesen um Aufteilung in völlig autonome Gebiete. Eine Abspaltung der sogenannten Bantustans wäre in der Union aber undenkbar, ist doch durch die dreihundertjährige Zusammenarbeit eine unaufflechtige Vermischung in der Industrie, im Handel, ja, im Haushalt eingetreten, indem die „europäische“ Schicht die Leiter und Vorarbeiter, die afrikanische die Ausführenden und Handlanger darstellen. Mit einer Aufteilung bräche das gesamte Wirtschaftssystem der Union zusammen.

Von den verschiedenen Gesetzen der ersten Jahrzehnte über die Landaufteilung reicht die Skala über das Gesetz zur Unterdrückung des Kommunismus (das in seiner Tragweite über den Titel weit hinausgeht) und dasjenige über getrennte Wahlen bis zum Gesetz über die getrennte (euphemistisch „parallel“ genannte) Universitätserziehung. Die Proteste der internationalen und nationalen Studentenverbände gegen dies letzte Gesetz erreichten nur eine Verzögerung der Verabschiedung. Seit Anfang dieses Jahres

sind die „weißen“ Universitäten für Afrikaner gesperrt. Den tieferen Grund zu diesem Gesetz erläuterte Dr. Verwoerd im März 1958:

„Wir wollen die Nicht-Europäer nicht in derselben Universität haben wie die jungen europäischen Studenten von heute, die die Führer von morgen sind. Wir wollen nicht, daß die Europäer sich so an die Eingeborenen gewöhnen, daß sie keinen Unterschied zwischen sich und den Eingeborenen mehr empfinden.“ (VDS-info, 23. 7. 58) Damit haben also die Universitäten Südafrikas aufgehört, Stätten freier, wissenschaftlicher Bildung zu sein und sind zu Staats(Führer-)Schulen degradiert worden.

Die positiven Ziele einer parallelen Entwicklung verschiedener Rassengruppen werden somit jeglicher Aufrichtigkeit beraubt und ungläubwürdig. Hinzu kommt die Unterdrückung jeglicher kritischen Meinungsäußerung, auch derjenigen internationaler Organisationen. Diesem Eingreifen des Staates fielen beispielsweise zum Opfer die soziologische Studie der UNESCO „Die Wurzeln des Vorurteils“ und auch der Bericht der Research and Information Commission der Internationalen Studentenkongress (ISC) von 1956, der vom Innenminister als „nicht einwandfrei, anstößig und obszön“ erklärt wurde.

Die europäischen Siedler der vorigen Jahrhunderte kamen in ein Land, dessen Bewohner einer Kultur angehören, die der abendländischen diametral entgegengesetzt ist (vgl. Janheinz Jahn „Muntu“, Diederichsverlag, 1958). Sie konnten sich die Einwohner des Landes untertänig machen und diesen Zustand bis heute erhalten. In diesen dreihundert Jahren ist die Vorstellung eines Menschentums zweiter Klasse so tief in das Unterbewußtsein der ehemaligen Europäer hinabgesunken, daß der Großteil der weißen Bevölkerung gar nicht anders zu denken vermag als die Regierung.

Dennoch gibt es Gruppen, die auch innerhalb der Union nach einem Ausgleich suchen, nicht nur die extremen Gruppen der afrikanischen Nationalisten. Diese Gruppen erhalten ihre Impulse zum größten Teil aus den Missionskirchen, den Studentenverbänden und aus der Industrie, deren Führer aus eigenem Interesse einsichtig werden mußten.

So erklärte der Direktor der Anglo American Corporation of South Africa, H. F. Oppenheimer, am 30. 5. 60 in Johannesburg: „Die Zeiten sind vorüber – wenn sie überhaupt je bestanden haben –, in denen sich die Europäer erlauben konnten, die Interessen und Gefühle der Afrikaner zu ignorieren. Im Laufe der Zeit werden sie gezwungen sein, zusammenzuarbeiten. Je eher diese Tatsache anerkannt wird, desto besser ist es für alle Beteiligten.“

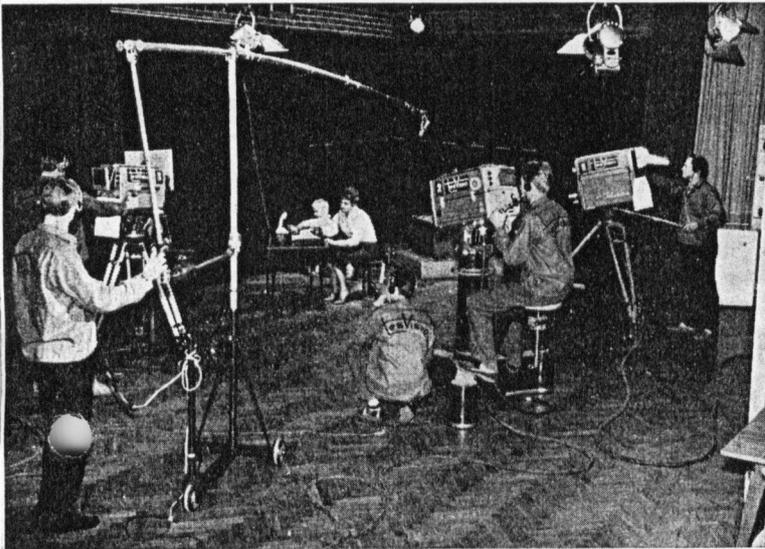
Von außen gibt es für uns verschiedene Wege, zur Lockerung der Spannungen beizutragen. Der erste ist der militante Weg, der mit Hilfe eines wirtschaftlichen Boykottes die Regierung zum Nachgeben zu veranlassen sucht. Die Devisenlage der Union ist nicht gerade glücklich, so daß auch der kleinste Anstoß Folgen haben kann. Der zweite Weg ist der friedlichere, der die aufgeschlossenen Gruppen innerhalb der Union zu unterstützen sucht durch geeignete Aktionen (z. B. Unterstützung des „Südafrikanischen Hochschulkomitees“, das sich für einen Ausgleich einsetzt und farbigen Studenten ein Fernstudium ermöglicht etc.) Darüberhinaus ist jedoch wesentlich eine eingehende Information über die Lage in Südafrika, die von jedem von uns auch im gegenseitigen Austausch getrieben werden muß. Dazu gehört z. B. auch, Verbindung zu suchen mit Studenten, der Union, weiß und farbig, in- und außerhalb Südafrikas. Möglichkeiten gibt es viele. Wollen wir sie ungenutzt lassen?

Dietch Lehner

Studentisches Fernsehen in Finnland

Bei einem Besuch Finnlands in diesem Sommer fiel mir auf, daß es in dem kleinen Finnland zwei verschiedene Fernsehprogramme gibt. Bei einem Rundgang durch die Studios von „Suomen Televisio“, des finnischen Fernsehens, war ich erstaunt, mit welch geringen Mitteln eine Fernsehsendung zustande gebracht wird. Bei einer Erkundigung nach dem zweiten Programm, welches wir schon einmal gesehen hatten, sagte man mir, daß dies nicht von „Suomen Televisio“ gesendet wird, sondern – man höre und staune – von den Studenten der Technischen Hochschule in Helsinki; und daß man dies – wenn man chronologisch vorgeht, nicht als das zweite Programm bezeichnen könne, sondern als das erste, da nämlich das Fernsehen in Finnland eben von den Studenten der Technischen Hochschule eingeführt wurde. Ich beschloß, mir diese Einrichtung einmal anzusehen.

Meine Bitte wurde mir sehr gern erfüllt und man führte



mich in die Kellerräume des neu erbauten Hauses der Techniker in Helsinki, dessen vorgesehene Clubräume als Studios der „Teesvisio“, wie sich dieses Programm nennt, ausgebaut waren. Zur Zeit sind die zur Verfügung stehenden Studioräume sogar noch größer als die des staatlichen Fernsehens. „Teesvisio“ wurde im Jahre 1955 von einigen Studenten der Elektrotechnik der TH Helsinki gegründet. Nötige Geldmittel besorgte man sich durch eine Stiftung, die nötigen Geräte lieh man sich beim Institut für Hochfrequenz aus und ergänzte sie durch selbstgebastelte. Zu Beginn waren es ca. 10 Studenten, die 60 Stunden Programm im Jahre bewerkstelligten. Heute sind es 17 festangestellte und 30 freie Mitarbeiter, die sich zum großen Teil aus Studenten der TH rekrutieren. Die Zahl der ausgestrahlten Programmstunden ist inzwischen auf 55 in der Woche gestiegen. Bis Ende September 1960 hat „Teesvisio“ insgesamt 950 Stunden Fernsehprogramm ausgestrahlt.

„Teesvisio“ finanziert sich allein durch Reklame, so daß ein erheblicher Teil der Sendungen mit Reklame durchsetzt ist, wobei man jedoch recht großes Geschick zeigt und dem Publikum nicht auf die Nerven geht. Reklame kann auch interessant gestaltet werden. Nebenbei bemerkt, ist die Reklame der „Teesvisio“ sogar noch billiger, als die des staatlichen Fernsehens. Da in Finnland die meisten Menschen in der Nähe von Helsinki wohnen, ist es möglich, mit nur einem Sender ohne Relaisstationen den größten Teil der Bevölkerung anzusprechen. Durch den ständigen Zustrom junger Studenten zu „Teesvisio“, die immer neue Ideen mitbringen, geht man auch zwangsläufig der Gefahr aus dem Wege, immer im gleichen Gleis zu fahren, was bekanntlich die Zuschauer ermüden würde. Gleichzeitig bietet man jungen Theaterregisseuren die Möglichkeit zu Experimenten, was bestimmt nie zur Verschlechterung eines Programms beiträgt. Auch muß erwähnt werden, daß junge Schauspieler während des Aufbaues von „Teesvisio“ oft ohne Gage sich zur Verfügung stellen und damit zum Gelingen dieses Werkes beitragen. „Teesvisio“ beschränkt sich keineswegs darauf, die Jugend anzusprechen, sondern ist bemüht, allen Schichten der Bevölkerung eine angenehme Unterhaltung zu bieten. Um einen Parallellauf mit dem staatlichen Fernsehen zu vermeiden, wird das Programm von „Teesvisio“ nie zur gleichen Zeit wie das von „Suomen Televisio“ ausgestrahlt. Neben dem unvermeidlichen Wild-Westfilm für die Jugend laufen ein- bis zweimal in der Woche abendfüllende Filme. Außerdem gibt es recht nett inszenierte Quiz- und Revueprogramme, die ja meist den größten Zuschauerkreis ansprechen. Zur Zeit ist man dabei, eine Fernsehuniversität ins Leben zu rufen, in der die heutigen wissenschaftlichen Probleme populärwissenschaftlich und allgemeinverständlich behandelt werden.

Das Programm wird im allgemeinen 2 Monate im Voraus geplant. Von den oben erwähnten 17 festen Mitarbeitern sind allein 11 mit dem Programm beschäftigt. Junge E-Technik-Studenten werden in der Regel zuerst in der Technik eingesetzt. Für die Dekoration hat man die Fakultät Architektur zur Verfügung, bzw. deren Studenten. Da die Räumlichkeiten für diesen Programmumfang doch ein wenig zu klein sind, werden die meisten Proben ohne Kulissen durchgeführt.

„Teesvisio“ arbeitet mit drei Fernsehkameras, wobei benutzt verschiedene Typen angeschafft wurden, um die Arbeitsweise derselben zu vergleichen. So hat man eine englische PYE-Kamera, eine amerikanische RCA und eine deutsche von der Fernseh-GmbH., Darmstadt. Wo nur irgend möglich, sind die Geräte selbst gebaut, wie zum Beispiel der Mikrofongalgen. Trotz der vielen „selbstgestrickten“ Anlagen ist die Störanfälligkeit nicht größer als beim staatlichen Fernsehen. Um Opernsendungen direkt senden zu können, besitzt „Teesvisio“ ein eigenes Kabel zur finnischen Oper.

„Teesvisio“ ist also nicht nur eine Einrichtung allein, um die Leute zu belustigen, sondern für viele Studenten der Richtung Hochfrequenztechnik und auch andere ein ideales Praktikumsfeld.

Horst Becker

Die Fliegen

eine moderne Orestie von J. P. Sartre
inszeniert von Gustav Rudolf Sellner

Die Fliegen, moderne Erinnyen, haben Argos befallen, eine Stadt, die nach der heimtückischen Ermordung Agamemnons durch Ägist und seine Frau Klytemnestra in Verzweiflung und krampfhafter Reue dahinstirbt. Jeglicher Lebenswille der Bewohner ist in der durch die Angst und Willenlosigkeit entstandenen Atmosphäre der Unfreiheit erstickt. Selbst die Kinder bitten die Toten als Repräsentanten des Jenseits um Vergebung, daß sie überhaupt leben. In diese Stadt seiner Geburt kommt Orest, der Sohn der Klytemnestra zurück. Er wird von seinem Lehrer, der ihn in einem in der Resignation beruhenden „lächelnden Skeptizismus“ erzogen hat, begleitet. Seine Schwester, die er vor der Tür seines elterlichen Hauses als unterste Dienstmagd seiner Mutter trifft, ist als einzige der Verblendung der Stadt nicht erlegen. In brennendem Haß rebelliert sie gegen die Eltern, die Stadt und die Götter.

Orest kann zwar den Haß seiner Schwester nicht teilen, kann sich aber auch nicht zum Verlassen der ihn anwidernden Stadt entschließen. Er scheint unfähig, zur wirklichen Teilhabe, zur verantwortlichen Entscheidung.

Auf dem Totenfest, dessen Kult Ägist benötigt, um das Volk eingeschüchert zu halten, und von seinen eigenen Verbrechen abzulenken, explodiert Elektra in einem Freudentanz. Sie hofft dadurch das verblendete Volk zu erwecken. Ihr Vorhaben mißlingt durch einen billigen Trick des um seine Macht bangenden Gottes: Der ebenso für seine Macht fürchtende Ägist will sie mit der Ausstoßung aus der Stadt bestrafen.

Dieser Situation hält die Lehre von Orests Mentor, die eine Freiheit in der Teilnahmslosigkeit, im Nichtengagiertsein als erstrebendes Ziel sieht, nicht stand. Orest erfährt in dieser Situation seine Chance der Selbstverwirklichung durch seine Tat. Indem er Ägist und Klytemnestra tötet, entdeckt er seine Freiheit. Seine Freiheit hat ihn, nach seinen Worten, „wie ein Blitz getroffen“. Seine „Umkehr“ ist nicht Produkt einer sich in Kausalreihen abzeichnenden Entwicklung. Freiwillig zieht er die Last der Reue der gesamten Stadt auf sich ohne selbst die geringste Reue zu verspüren. Die Erinnyen sind ihm gegenüber machtlos geworden. Sie verfolgen ihn nicht, sondern er zieht sie wie ein Rattenfänger lächelnd hinter sich her. Elektra kann ihm nicht folgen, sie fällt in die nun gemilderte Unfreiheit der Stadt zurück.

Jean Paul Sartre schrieb sein erstes Drama „Die Fliegen“ 1940 nach der Niederlage Frankreichs. Der zeitgeschichtliche Anstoß ist seine Erschütterung darüber, wie schnell die Menschen bereit sind, ihre Freiheit wegzugeben, wie gern sie sich knebeln und ängstigen lassen und geradezu Angst vor der Freiheit haben. Er schreibt selbst darüber, daß er mit den „Fliegen“ seine müden Mitbürger zum Widerstand und Aufstand gegen den Faschismus und das Petain-Regime aufwecken wollte. In Orest verkörpern sich die verschiedenen Widerstandsbewegungen, die, ohne ein genaueres Programm aufgestellt zu haben, sich zunächst bemühten, das französische Volk von der Unterdrückung zu befreien. Das Programm sollte erst nach der Befreiung



aufgestellt werden. „Die Menschen mußten ihren Beruf angesichts des Unbegreiflichen und Unerträglichen ausüben, mußten wetten, mußten ohne Beweise Vermutungen aufstellen, mußten in der Ungewißheit etwas unternehmen.“ Diese konkreten Erfahrungen und Erschütterungen entsprechen den Voraussetzungen der Sartre'schen Philosophie. Sie brechen den Menschen aus dem Gehäuse seiner fix und fertigen Weltanschauungen. Die Erfahrung lehrt Sartre, daß die übernommenen weltanschaulichen Fertigfabrikate den Menschen die Möglichkeiten verstellen, sich selbst auf einer höheren Stufe zu verwirklichen. In der Religion sieht er ein Mittel, der Angst vor der Freiheit eine schöne Fassade zu schaffen.

Nach Sartre ist der Mensch zuerst ein Entwurf, der sich subjektiv lebt. Nichts existiert diesem Entwurf vorweg. Die Existenz geht der Essenz voraus. Der Mensch ist auf sich selbst gestellt, es gibt keine göttlichen Werte. Damit ist der Mensch frei, ist Freiheit. Er allein hat sich zur Tat zu entscheiden. Durch diese seine Tat wird er. Der Mensch ist nichts anderes als wozu er sich macht. Indem er sich selbst wählt, wählt er den Menschen. Wer die Menschheit wählt, ist ihr auch verantwortlich. Hat also jemand sich für seine eigene Freiheit entschieden, ist er auch verpflichtet, die der anderen zum Ziel zu nehmen.

Da Gott nicht existiert, ändert sich folglich auch der Begriff „Schuld“. Schuldig ist nicht mehr der, der gegen irgendwelche überlieferten Normen verstößt, sondern der, der den Sprung in die Freiheit nicht wagt. So kann Orest am Schluß des Stückes Elektra vorwerfen, sie sei schuldig geworden, weil sie in das alte Zwangssystem zurückgefallen sei.

Diese Philosophie, die theoretisch so leicht als „Handstand in der Luft“ zu erledigen ist, gewinnt in der dramatischen Verwirklichung eine erstaunliche Faszination. Man kann zwar bei den „Fliegen“ nicht immer unterscheiden, was Symbolwert für die Resistance und was Symbolwert für die Philosophie oder für beides zugleich besitzt. Die fließenden Grenzen entsprechen der Eigenart von Sartres unsystematischer Philosophie.

Einen großen Anteil am Darmstädter Erfolg der „Fliegen“ hat der Hausherr und Regisseur G. R. Sellner, dessen bis ins letzte Detail durchgeplante und ausgefeilte Inszenierung in Westdeutschland beispielhaft ist. Was Sellner bietet ist großartiges, vollendetes Theater. Wie Sartre im Wort mit kabarettistischen Bemerkungen, so nutzt Sellner selbst die optischen Randmöglichkeiten zu Effekten. Das Bühnenbild Hansheinrich Palitzschs hält das Niveau der Inszenierung. In einem bedrückenden, von verfallener Mächtigkeit zeugendem Raum vereinigen sich dem Stück entsprechend antike und moderne Formen. Seine Faszination verdankt das Stück nicht zuletzt den ausgewogenen Leistungen der Schauspieler, die sich zu einem Ensemble zusammenfinden, in dem man auch nicht eine Einzelheit verändern möchte. Das Gesamtergebnis: eine perfekte Inszenierung eines in jeder Beziehung ergiebigen Stückes. Man sollte sie nicht verpassen.

Pressefreiheit an Hochschulen

Im vergangenen Herbst hatte der Rektor der Technischen Hochschule Stuttgart, ähnlich wie vorher in Freiburg, entschieden, daß in den Räumen der Hochschule nur lokale Studentenzeitungen vertrieben werden dürfen. Das Vertriebsverbot richtete sich, genau wie in Freiburg, gegen die in Hamburg erscheinende Studentenzeitung ‚konkret‘. Eine für den 28. November einberufene Vollversammlung nahm gegen diese Maßnahme scharf Stellung und beauftragte den AstA, ein Gutachten einzuholen. Das Gutachten, das der Stuttgarter Rechtsanwalt und Presserechter Dr. Löffler erstellt hat, liegt jetzt vor.

Nach diesem Gutachten darf die Hochschulverwaltung nur in die Pressefreiheit eingreifen, um damit ‚Verkehrsstörungen‘ in den Fluren zu vermeiden. „Bloße Befürchtung einer solchen Störung“ ist nach dem Gutachten nicht ausreichend. – Der Rektor der TH Stuttgart hatte mit diesem Appell den Vertrieb von ‚konkret‘ untersagt. – Nach Meinung von Dr. Löffler darf eine Studentenzeitung auch dann nicht verboten werden, wenn sie eine unerwünschte oppositionelle Richtung vertritt.

Der Rektor der TH Stuttgart steht weiterhin auf dem Standpunkt, daß der Verkauf von Studentenzeitungen eine Frage des Hausrechtes sei. Die TH Stuttgart will ein eigenes Gutachten anfertigen lassen, das dann wohl für das ganze Bundesgebiet grundsätzliche Bedeutung erlangen dürfte.

Das Studentenparlament der THD hat sich in den Sitzungen am 8. 11. 60 und am 13. 12. 60 mit der Frage der Freiheit der Studentenpresse in der Bundesrepublik beschäftigt. Es lagen ihm dabei verschiedene Berichte über die Einschränkung der Presse- und Informationsfreiheit an Hochschulen und Universitäten der Bundesrepublik vor (Mainz, Freiburg, Heidelberg, München).

Mit großer Sorge mußte das Parlament feststellen, daß von hochschuloffiziellen Stellen verschiedentlich der Versuch unternommen wurde,

a) die Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung in der student. Presse durch direkte oder indirekte Zensur einzuschränken,

b) den Vertrieb von Studentenzeitungen im Hochschulbereich einzuschränken oder bis auf den Vertrieb von Zeitungen, die am Hochschulort hergestellt werden, zu verbieten.

Ohne Zweifel daran zu lassen, daß derartige Maßnahmen juristisch völlig einwandfrei sein können, ist das Studentenparlament der Ansicht, daß durch diese Maßnahmen der Geist des im Grundgesetz verankerten Rechtes auf freie Meinungsäußerung und freie Meinungsbildung verletzt wird. Das Studentenparlament ist der Auffassung, daß eine freie und aktive Presse zu den unabdingbaren Bestandteilen einer demokratischen Gesellschaft zählt.

Das Studentenparlament ist sich bewußt, daß auch die Studentenpresse eine große Verantwortung trägt, da sie die Möglichkeiten besitzt, die Meinung der Studenten zu beeinflussen, und daß die Freiheit der Studentenpresse ihre Grenzen in den bestehenden Gesetzen hat.

Das Studentenparlament vertritt aber den Standpunkt, daß in der studentischen Presse auch extreme Meinungen vertreten werden können, solange gleichzeitig die sachliche Richtigkeit der dabei gegebenen Informationen gewährleistet ist.

Das Studentenparlament ist der Ansicht, daß die Studentenschaft in der Lage sein muß, sich auf Grund vielseitiger Informationen und verschiedenster Meinungen ein selbständiges Urteil zu bilden, und daß es dem Geist freier Forschung widerspricht, den Zugang zu den verschiedenen Meinungen zu versperren.

Gleichzeitig bestätigt das Studentenparlament, daß die ‚darmstädter studentenzeitung‘ keiner Zensur unterworfen ist und auf dem Gelände der THD alle Studentenzeitungen frei auslegen und vertreiben kann. Das Studentenparlament sieht darin einen Ausdruck des Vertrauens, das der Rektor und die anderen Organe der THD der Studentenschaft und ihrer Urteilsfähigkeit entgegenbringen.

Fritz Haußmann

Retuschen
Zeichnungen
Fotolithos
Matern
Galvanos

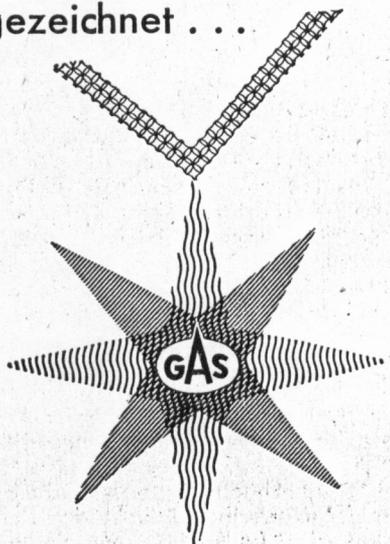
Graphische Kunstanstalt

Strichätzungen
Autotypien
Komb. Ätzungen
Farbätzungen
Elektrolytklischees

Darmstadt Tel. 60 67



Ausgezeichnet . . .



zum
Kochen - Heizen - Kühlen - Warmwasserbereiten

SÜDHESSISCHE GAS- UND WASSER AG.
DARMSTADT · LUISENPLATZ 4

Vom Alkohol

Dem Trocknen macht Gott alles schwer
Horaz

Laut Statistik werden beträchtliche Mengen hochversteuerten Alkohols getrunken. Seit auch bei uns der Wohlstand ausgebrochen ist, spielt der Alkohol eine wichtige Rolle im demonstrativen Konsum. Angeregt durch unzählige Werbefilme und Zeitungsanzeigen lümmelt man sich mittels komplizierter Gerätschaften sozialprestigeträchtige Drinks in den Darm. Der Suff hat besonders in den gehobenen Schichten einen beachtlichen Stand erreicht. Anscheinend hat Brecht doch recht, wenn er sagt: nur wer im Wohlstand säuft, säuft angenehm.

Budenzauber

Wo findet der geplagte Student vom munteren Trubel der sich überstürzenden Vorlesungen einmal Ruhe zum Nachdenken, zum Arbeiten. Da gibt es doch in den Mauern der Hochschule Zeichensäle, oder auch schlicht Arbeitssäle genannt. Vorsichtig steuert er auf die Tür einer dieser Säle zu und öffnet sie behutsam, um ja niemand aus seinen Gedanken zu reißen. Er hofft hier eine Oase der Stille zu finden, wo Studenten mit vom Geist der Wissenschaft verklärten Gesichtern still und versunken vor ihren Aufgaben sitzen, den Rechenschieber, das Marterwerkzeug der Techniker, in der Linken und den Kugelschreiber in der Rechten. Weit daneben getippt. Unser armer Student erfährt die bitterste Enttäuschung seines Lebens. Sämtliche Ideale über das Studium, sofern er sie noch nicht in den Vorlesungen verloren hat, stürzen schlagartig zusammen. Eine muntere Kneipenatmosphäre empfängt ihn. Die Luft ist rauchgeschwängert. Ein geradezu babylonisches Stimmengewirr von der Lautstärke eines mittleren Orkans schlägt ihm entgegen. In periodisch wiederkehrenden Abständen hört er ein dumpfes schlagartiges und ein helles klatschendes Geräusch. Diese unerwarteten Eindrücke haben ihn so überwältigt, daß er es erst nach geraumer Zeit fertigbringt, sich den Zeichensaal näher anzusehen. In der ersten Ecke steht ein riesiger Papierkorb. Er läuft über. In einem ansehnlichen Kreis darum liegen Milchtüten, Strohhalme, Apfel-

Laut Duden ist der Alkoholismus ein krankhafter Zustand. Man sollte dem aber nicht allzuviel Bedeutung zumessen, denn wahrscheinlich sind die Dudenleute von der Milchindustrie gekauft. Außerdem gibt es Menschen, die im nüchternen Zustand vor Langeweile umkommen, und daher gern Leberschrumpfung und Herzverfettung in Kauf nehmen. Ich selbst trinke zumeist ziemlich viel. Mein Arzt auch, pries seinen Patienten aber den hohen medizinischen und hygienischen Wert der Enthaltbarkeit. Mir erklärte er, daß bei fortgesetztem Alkoholgenuß mein Gehirn verkümmern würde. Ich erwiderte darauf, daß erstens mein Gehirn längst verkümmert sei, zweitens, daß ich kein Gehirn brauche. Wir Architekten schafften aus dem Instinkt heraus, und für den Architekten sei daher der Besitz eines Gehirns überflüssig, wenn nicht gar schädlich. Außerdem steht es historisch fest, daß die Griechen gesoffen haben wie die Bürstenbinder, und deshalb das geistig fruchtbarste Volk der Geschichte gewesen sind, was man von den Amerikanern nicht behaupten kann. Der Nationalsport der Amerikaner, das Kauen von Gummi, hat lediglich eine erfreuliche Zunahme des Speichelflusses und eine Stärkung der Kiefermuskulatur zur Folge. Ich werde also weiter mein Geld dafür ausgeben, meine Gesundheit planmäßig zu ruinieren. Ich verfolge damit auch einen wohlthätigen Zweck. Mit den Erträgen der Branntweinsteuer baut der Staat bestimmt Waisenhäuser und unterstützt die armen Wilden in den Entwicklungsländern.

sinenschalen und diverses Papier. Hier klappert also die Müllabfuhr nicht. Er schaut sich weiter um. Offensichtlich machen sich die meisten der Insassen noch nicht einmal die Mühe, ihre Abfälle auch nur noch in die Nähe eines evtl. vorhandenen Papierkorbs zu bringen. Papierschnitzel, Milchtüten bedecken wildzerstreut den ganzen Boden. Die so nützliche Einrichtung eines Aschenbeckers ist gänzlich unbekannt. Kippen, teilweise noch qualmend, liegen herum, so daß nur noch mit Mühe der Fußboden zu erkennen ist. Offensichtlich ist dies der einzige große Aschenbecher. Die Neugier unseres Studenten ist geweckt. Er will den merkwürdigen Geräuschen auf den Grund gehen. Mühsam bahnt er sich einen Weg in das hintere Ende des Zeichensaals. Das ist also des Rätsels Lösung: Hier wird Skat gespielt, und zwar mit letztem körperlichen Einsatz. Die Fäuste knallen auf den Tisch, daß die Platte sich durchbiegt. Die Karten klatschen. Unser Student erlebt gerade die Endphase des Spiels, den abschließenden Ramsch. Er dient in vorzüglichem Maße zur Erheiterung der Umstehenden und zur Erregung der Spieler. Jetzt wird abgerechnet; maximaler Gewinn DM 0,70, Spieldauer 3 Stunden, Stundenlohn 0,23 DM, Wirkungsgrad? An den Zeichenbrettern hängen Entwürfe, oft auf schon vergilbtem Papier. Gut Ding will Weile haben. Oder sind die Urheber einiger Zeichnungen inzwischen schon verstorben? Haben unglückliche Prüfungsergebnisse sie von der Hochschule verjagt? Auf den Tischen türmen sich wahre Berge. Mäntel, Bücher, Kollegs bedecken die Arbeitsplätze. Unser Student findet keinen freien Platz mehr. In diesem lustigen lautstarken Treiben findet er doch tatsächlich noch einige Schüler der Wissenschaft, die wirklich arbeiten. Sie stören sich offensichtlich nicht an dem hier herrschenden Trubel – wie beneidenswert. So ungefähr spielt sich das Leben in einem der Zeichensäle ab. Unser armer Student hat fürs erste genug erlebt. Er verläßt entsetzt den Raum und sucht sich einen anderen Saal. Ist es dort ebenso?

Si non est vero est bene trovato.

Die akademischen PRÜFUNGEN

Die Prüfungen sind geschaffen worden, um breitere Bevölkerungsschichten, die neuerdings über beträchtliche finanzielle Mittel verfügen, von dem verhängnisvollen Umgang mit der Wissenschaft fernzuhalten. Dagegen ist es ein weitverbreiteter Irrtum zu glauben, das erfolgreiche Abschneiden bei Prüfungen ließe auf eine erfreuliche Geistesverfassung des Kandidaten schließen. Es ist nämlich der große Fehler der Prüfungen, daß die besten Noten von denen erworben werden, die sich später als völlig ungeeignet erweisen. Auch geht man in der Regel davon aus, daß der Kandidat selbst die Prüfungsaufgaben löst, was aber manchmal unzulässig ist, da sich dieser durch eine geeignete Persönlichkeit vertreten läßt. Trotz dieser für alle Einsichtigen evidenten Tatsachen erfreut sich das Prüfungswesen weiterhin großer Beliebtheit, sei es, um die Studenten zu beschäftigen, damit die Tugend der höheren Tochter des Städtchens nicht allzu gefährdet werde, sei es, um jene auszuondern, deren Dummheit einen Grad erreicht, der selbst mit dem Titel eines Dipl.-Ingenieurs nicht mehr vereinbar ist.

Für den Studenten, der im unverdrossenen Kampf gegen die eigene Dummheit seine kleine grauen Zellen strapaziert, ist die Frage nach dem Sinn oder Unsinn der Prüfungen dagegen von geringem Interesse. Für ihn kommt es darauf an, die Prüfung zu bestehen und mit geringem Aufwand gute Leistungen zu erzielen.

Es ist unser Verdienst, diese Zusammenhänge als erste wissenschaftlich untersucht zu haben, und eine Funktion aufgestellt zu haben, die nahezu alle Einflüsse mathematisch erfaßt.

Wir bringen hier die Lösung der Differentialgleichung, die den Verhältnissen an der THD entspricht und für schriftliche

Vordiplomprüfungen in den typischen Ingenieursfächern gilt. Mit ihrer Hilfe hat der Student im Dschungel der Prüfungsvorbereitungen jederzeit die Möglichkeit, seine Erfolgsaussichten abzuschätzen und entsprechend zu handeln. Das nach seinem Erfinder benannte Parkin Sohns Gesetz lautet:

$$N = 1 + \frac{3}{\sqrt{0,01}} \left(1 - e^{-\frac{1}{Zu^a}}\right) + 10^{-1} \cdot \sum S$$

Dabei ist N die Note, die in einem bestimmten Fach erreicht wird.

V: Anzahl der in diesem Fach gehörten Vorlesungsstunden: $1 < V < 100$

Zu: Zurmühlzahl, Anzahl der gerechneten Repe Aufgaben $1 < Zu < 200$

a: Intelligenzfaktor, er kann folgende Werte einnehmen:

a = 0,1 dysplasmatischer Idiot

a = 0,25 leicht schwachsinnig (im Sprachgebrauch auch als normal, d. h. bedingt hochschulreif bezeichnet)

a = 0,5 Genialität

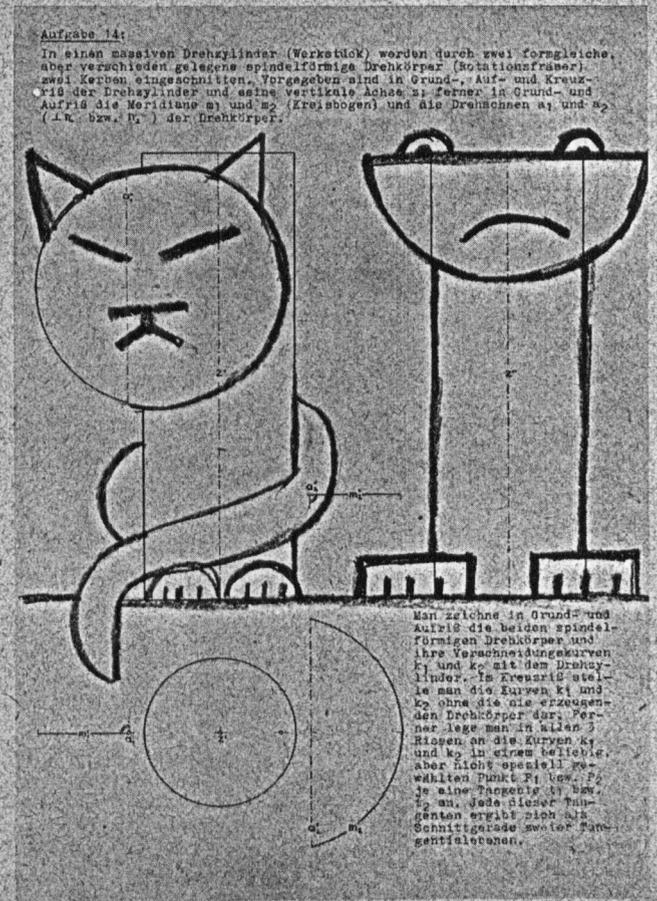
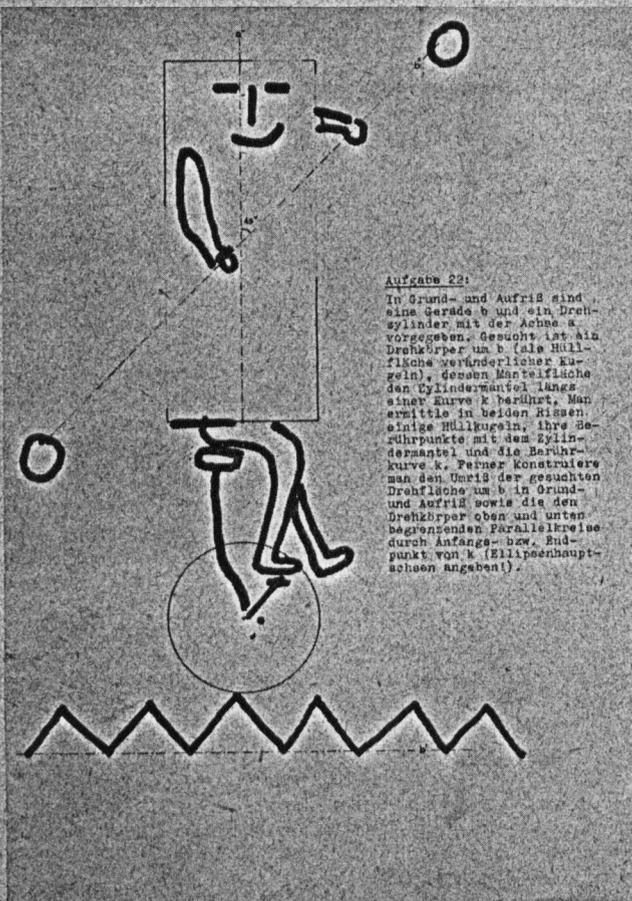
S: Störfaktoren

1. Allgemeinbildung 1

2. Anzahl der Freundinnen 1, 2, 3, 4, 5

3. Sonstiges (Arbeit im AStA, dds, Verbindungen usw.) 1, 2, 3, 4

Wir hoffen mit der Entdeckung dieser Formel eine schmerzliche Lücke im Leben unserer Studenten geschlossen zu haben. Indessen sind unsere Mathematiker und Psychologen fieberhaft damit beschäftigt, auch die Vorgänge bei den mündlichen Hauptdiplomprüfungen zu erforschen und wir hoffen im Sommersemester die ersten Ergebnisse dieser weitaus schwierigeren Materie vorlegen zu können.



Brüder grimmiges Märchen

Es war einmal ein Student, ein prächtiger Knabe mit viel Freude am Leben und am geselligen Beisammensein. Eingedenk der Ermahnungen seines Vaters hatte er keine Mühen gescheut, das Vorexamen nach angemessener Studienzeit hinter sich zu bringen.

Damit war für ihn nun die Zeit angebrochen, in der er endlich seine letzten Hemmungen und Komplexe in den Mülleimer werfen konnte. Nunmehr galt es, als Gebildeter zusammen mit Gleichgebildeten, sich ganz dem süßen Leben eines Studiosus hinzugeben.

Welch herrliche Zeiten erwarten Dich nun, dachte er bei sich. Solange der liebe Honnet dich nicht verläßt, sind deine Taschen voll und die Becher nie leer. Ja, selbst ein, wenn auch kleines, Benzinroß kannst du dir bei einiger Antrag-Ausfüll-Geschicklichkeit zulegen. Was brauchst du noch mehr als eine Blondine und Gesundheit.

Selbst der Bürger Obermeister ließ es sich nicht nehmen, dem munteren Gesellen ein langes Leben zu wünschen.

Da geschah es eines Tages, daß das Glück sich von ihm wendete und er Bauchweh bekam.

Niedergeworfen auf das Schmerzenslager überlegte er lange, wie er dem Übel begegnen könne. Endlich erinnerte er sich jener Anstalt, welche nicht nur von allen Studenten Geld fordert, sondern manchen auch etwas gibt. Er ging hin, um sich einen Krankenschein zu lösen, denn in jenen Tagen war zu allem ein Papier noch notwendig.

Dort aber war man sehr beschäftigt. In demütiger Haltung blieb er zwischen Tür und Angel stehen. Als nichts geschah, wagte er nach einiger Zeit kleinlaut die Frage, ob er ein Papier bekommen könne.

Antrag um Aufnahme in den Gesundheitsdienst gestellt – nein – kommen sie morgen wieder.

Sein Bauchweh wurde stärker. Am anderen Morgen stand er bereits früh auf und machte sich auf den Weg zur Behörde – pardon: Anstalt. Er bekam das Papier, auf dem vermerkt war „Bauchweh“.

Der Arzt freute sich und begann sofort als zugelassener Arzt den Bauch zu untersuchen nach den Mindestsätzen der amtlichen Gebührenordnung.

Er fand nichts. Wie hätte er auch wissen sollen, was im Bauch alles vor sich ging, war dieser doch verschlossen. So sagte er zu seinen Patienten.

„Vielleicht haben Sie einen rostigen Nagel verschluckt oder dergl. Sie müssen geröntgt werden, damit wir Ihr Inneres

kennenlernen. Allgemein müßte ich wissen, was Ihr Herz dazu sagt und Ihre Lunge dabei aushaucht, aber das steht nicht auf dem Papier. Dieses aber müßte vorher noch genehmigt werden.“

Am anderen Morgen stand er bereits früh auf und machte sich auf den Weg zur „Anstalt“. Dort mußte der durch seine „Bauchschmerzen“ schon ganz abgemagerte Student erfahren, daß es sich bei seinem „Bauchweh“ um ein „altes Leiden“ handelte. Für das aber konnte nach § 14 der Ges. Ordnung keine Leistung beansprucht werden.

Nun, dachte er bei sich, jetzt ist dein Ende nahe. Du hattest früher wohl Schmerzen im Bauch, es wäre dir aber nie eingefallen, daß diese von so langer Dauer sein könnten. Der Student ging abermals zum Arzt und klagte ihm sein Leid. Dieser ermahnte ihn, sich in Zukunft nurmehr erlaubte Krankheiten zuzulegen. Aber da er ein gutes Herz hatte, gab er ihm nochmals ein Papier.

Die Laufkur begann von neuem. Mancher Patient schon hat außer dieser nichts mehr gebraucht.

Nunmehr wurde auch die Gesundheitsdienstordnung verteilt, kostenlos, damit jeder sie genau studiere, um zu entnehmen, was nicht bezahlt wird.

Der Papierkrieg erreichte ein ungeahntes Ausmaß. Paragrafenkanonen wurden aufgefahren und der Donner rollte gewaltig über das Schlachtfeld hin. Aus den Rohren purzelten die Kaliber 12, 14, 24, 25 und 26.

Bis die „Helden“ müde wurden, war der Student durch das Hin- und Hergerenne und die langen Wartezeiten bei den Heerführern sehr geschwächt.

Er sprach zu sich: „Nicht gesünder bist du dadurch geworden, sondern du hast auch noch Zahnweh bekommen und in der Zehe spürst Du es auch. Viele Vorlesungen hast du schön versäumt. Lieber Bauchweh, als weiterhin der Laufkur ausgesetzt sein“.

Und wenn er nicht gestorben ist, so lebt er heute noch und ist Dipl.-Ing. geworden.

Über den Sinn des Unsinn

Mit großem Erstaunen sah Eusebius seine Übungen an. Von den fünf, die er abgegeben hatte, waren drei nicht testiert. Er schluckte mehrmals und legte sie schnell in seine Mappe.

Dann ging er in den Hörsaal. Eine gewisse Unruhe konnte er aber nicht unterdrücken.

Was kann denn da bloß falsch gewesen sein?

Die Vorlesung ging wie ein Brausen an ihm vorbei. Eusebius schrieb zwar, genau so wie die andern, fleißig mit, aber von „kapierten“ war keine Spur.

Was kann denn da bloß falsch gewesen sein?

Im eigenen Heim kam die große Überraschung. Bei der einen Übung waren vier Werte gesucht. Seine Ergebnisse hatte er unterstrichen. Hinter ihnen waren nun 4 Zeichen angebracht; Hinter dem 1. ein Haken, hinter den anderen 3 f. Daneben standen die richtigen Ergebnisse. Über die vorausgegangene Rechnung keine Bemerkung. Die Übung war nicht testiert. Bei der nächsten Übung war es genauso. Sie war ebenfalls nicht testiert, und bei der dritten hatte er eine Einheit aus dem Aufgabenblatt falsch abgelesen.

Sein Kopf war inzwischen etwa rot geworden. Einige nicht gerade ästhetische Bemerkungen lagen ihm schon auf der Zunge. „Das ist wieder einmal typisch – dachte er – diese Brüder wissen mit ihrem wissenschaftlichen Geist nicht mehr wohin. Als ob ich nichts Besseres zu tun hätte, als noch einmal Zahlenwerte zu wälzen. Das ist doch alles . . .“

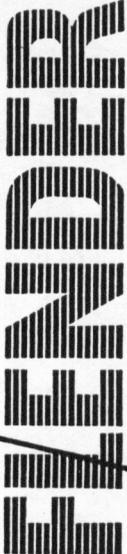
Eines wird bei dieser Geschichte wohl deutlich geworden sein: Es ist einfach schrecklich mit anzusehen, wieviel Energie heute vom Studenten verschwendet wird, um sture und plumpe Arbeit zu verrichten. Man erregt sich ununterbrochen über die Interessenlosigkeit und „Geistlosigkeit“ der Studenten, aber wie werden sie denn „erzogen“, und was tut man, um den wissenschaftlichen Geist bei ihnen zu wecken und zu finden, dem es allein auf das Erkennen ankommt.

Jetzt muß Eusebius seine Übungen noch einmal durchrechnen. Ohne viel zu überlegen muß er radieren, neu eintragen, noch einmal den Rechenschieber hin und her bewegen . . .

Schöne Sache!

Und warum?

Langsam legte sich seine Erregung. An wem liegt das eigentlich – dachte Eusebius – haben die Assistenten soviel zu tun, daß sie keine Zeit haben, sich die Übung genauer anzusehen, oder sind sie wirklich „schön soweit“ . . . ? Wo sollte dieser Unsinn einen Sinn haben?



Werksprogramm

- Zahnrad-Getriebe
- CAVEX-Schneckengetriebe
- Flanschmotor-Getriebe
- HYVARI-Getriebe
- FLENDER-VARIATOREN
- BLAURI-Triebe
- EUPEX-Kupplungen
- ALMAR-Kupplungen
- RELA-Kupplungen
- FLENDER-Gleitlager
- Wellen
- Spannrollen
- Flachriemenscheiben
- Räder, Rollen
- Zahnräder

Verlangen Sie unverbindlichen
Besuch unserer Fachingenieure;
Sie beraten und helfen gerne bei
der Lösung von Antriebsfragen.



FLENDER-BOCHOLT/Getriebe und Antriebs Elemente

Studentenwerk

In der Zeit vom 1. Mai 1960 bis 31. Dezember 1960 wurden in unserer Mensa 284 591 Essen an Studenten ausgegeben. Davon 76,2% auf Berechtigungsausweis. Mit dieser Zahl steht die Darmstädter Mensa an der Spitze in Hessen.

Der Landeszuschuß wird im Verhältnis der ausgegebenen Essen auf die drei Hessischen Hochschulen Darmstadt, Marburg und Gießen aufgeteilt. Von insgesamt 150 000,- DM für die Zeit vom 1. 1. 61 - 30. 9. 61 erhält Darmstadt 62 710,- DM, Marburg 58 870,- DM und Gießen 28 420,- DM. Die Universität Frankfurt ist bei dieser Verteilung der Gelder nicht berücksichtigt worden, da die Rücklagen des Studentenwerks erst aufgebraucht werden müssen. Für das letzte Quartal des Jahres 1961 stellt das Land einen weiteren Zuschuß von 50 000,- DM für die 3 Hochschulen zur Verfügung. Die Aufteilung erfolgt nach dem gleichen Prinzip. Durch diese Gelder ist es zweifellos sichergestellt, daß das Mensaeessen seine jetzige Qualität beibehält. Durch die Verbesserung der Qualität und durch die unbestreitbare Preisgünstigkeit hat die Mensa einen großen Zuschuß bekommen. Im Spitzenbetrieb wurden bis zu 3000 Essen täglich ausgegeben. Nur bei einem gut organisierten, reibungslosen Ablauf kann die Mensa dieses Ansturms Herr werden. Im Wintersemester 1961 wird die Studentenzahl durch die vielen Neuzugänge beträchtlich steigen. Bei dem dann zu erwartenden noch größeren Ansturm dürfte der Mensabetrieb zusammenbrechen. Schon jetzt ist die Küche mit ihren Maschinen bis an die äußerste Grenze ihrer Kapazität ausgelastet. Beim Ausfall nur eines Kessels wäre der ganze Betrieb erheblich gestört. Deswegen ist eine Erweiterung der Mensa und der Kucheneinrichtung unbedingt erforderlich. Die Otto-Berndt-Halle soll in Richtung Theaterneubau vergrößert werden. Dadurch würde das geplante Auditorium Maximum in Richtung auf den Friedensplatz verschoben werden. Zu der Erweiterung, für die fertige Pläne vorhanden sind, bewilligte das Land bereits die nötigen Gelder, sodaß einem Baubeginn von dieser Seite nichts mehr im Wege steht. Auditorium Maximum und Theaterneubau müssen aber aufeinander abgestimmt werden, damit sich ein geschlossenes Gesamtbild ergibt. Da für das Theater trotz endlosem Hin und Her noch keine festen Pläne existieren, werden die TH-Bauten dadurch entscheidend verzögert. Aus diesem Grunde ist, falls nicht doch noch eine plötzliche Einigung erfolgt, für das Wintersemester 1961 mit einem Chaos in der Mensa zu rechnen. In diesem Fall sieht sich der Leiter des Studentenwerks gezwungen, seinen Posten zur Verfügung zu stellen, da er nicht die Verantwortung für die dann auftretenden Mißstände übernehmen kann.

Auf Grund der Initiative von Herrn Dr. Völger und Herrn Reißer werden noch in diesem Jahr große Neubauten von Studentenwohnheimen und Erweiterungen an den schon bestehenden in Angriff genommen. Das Wohnheim in der Riedeselstraße wird um 170 Betten erweitert. An der Nieder-Ramstädter Straße entsteht ein neues Studentendorf mit 400 Betten, eine Erweiterung auf 800 Betten ist geplant. Bei der Beschaffung des Baugrundes hat sich Herr Dr. Völger besondere Verdienste erworben. In der Dieburger Straße soll noch in diesem Jahr mit dem Bau eines Wohnheimes mit 200 Betten begonnen werden.

Voraussichtlich wird das Darmstädter Studentenwerk als erstes in Hessen ein Wohnheim für Studentinnen einrichten.

**Mach mal Pause
trink**



**und
heiter
weiter**

„Coca-Cola“ ist das Warenzeichen für das unnachahmliche koffeinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G. m. b. H.

Koffeinhaltig, köstlich, erfrischend

Alleinabfüllung und Vertrieb von „Coca-Cola“
für die Kreise Darmstadt, Groß-Gerau und Dieburg

Getränke-Industrie Darmstadt
Darmstadt, Holzhof-Allee 19-21, Ruf 70100

»Reisebüro Darmstadt«

SULZMANN UND MÜLLER
INHABER GEORG MÜLLER

LUISENPLATZ 1 · FERNRUF 70321

BAHN SCHIFF FLUG

Professor König

Am 3. 2. 59 erstattete der Diplomphysiker Othmar Neumann Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen den Direktor des Physikalischen Instituts Prof. Dr. Hans König wegen angeblicher Unterschlagung und Betrug. Herr Neumann begründete seine Anzeige damit, daß Prof. König ehemals der Wehrmacht gehörige Geräte nach dem Zusammenbruch 1945 unbefugterweise an sich gebracht hatte und als sein Eigentum bezeichnete. Anscheinend waren allein persönliche Differenzen und nicht die Belastung des eigenen Gewissens oder andere formaljuristische Gründe die Ursache für die Anzeige von Herrn Neumann:

Zwischen Herrn Neumann und einem anderen Assistenten des Physikalischen Instituts war es zu persönlichen Auseinandersetzungen gekommen. Um weiterhin eine geregelte wissenschaftliche Arbeit zu ermöglichen, schlug Prof. König vor, daß Herr Neumann und sein Kontrahent sich im Guten einigen sollten. Durch das Verschulden von Herrn Neumann kam keine Beilegung des Streites zustande. Daraufhin setzte Herr Prof. König Neumann eine Frist, innerhalb der die Auseinandersetzungen beigelegt werden sollten. Herr Neumann reagierte mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft. Weshalb Herr Neumann nicht den üblichen Weg einer Beschwerde bei Rektor und beim Rechtsrat der TH wählte, ist nicht bekannt.

Die Strafkammer Darmstadt hat es am 8. 12. 60 abgelehnt, das von der Staatsanwaltschaft beantragte Verfahren gegen Herrn Prof. König zu eröffnen. Auf Antrag der Verteidigung, die jede Schuld von Prof. König entschieden in Abrede stellte, wurde u. a. der seinerzeitige autorisierte Vertreter der Britischen Besatzungsmacht, ein heute in USA wirkender Professor, als Zeuge vernommen, der bestätigt hat, daß er 1946 die Geräte, welche die Besatzungsmacht als Beutegut betrachtete, Herrn Professor König persönlich zu friedlichen Forschungszwecken zu Eigentum überlassen habe, und dieser die Apparate aus eigener Tasche mit hohen Kosten repariert habe.

Wie aus der Vernehmung Prof. Dr. Goody's (Vertreter der britischen Militärbehörde) hervorging, hat dieser die Geräte Prof. König als „gift“ – freiwillige Übertragung von Eigentum ohne Gegenleistung, d. h. als Geschenk – überlassen. In dieser Sache erhielt Prof. König ein juristisches Gutachten eines Bundesverfassungsrichters:

„Es war nach den Ende 1945 Anfang 1946 gültigen besatzungsrechtlichen Bestimmungen rechtlich möglich, daß ein Vertreter der britischen Militärregierung die in der Anklageschrift genannten Geräte nach seinem Ermessen einer Einzelperson zu Eigentum überließ. Die Rechtswirksamkeit dieser Eigentumsübertragung wurde auch durch die späteren besatzungsrechtlichen und bundesgesetzlichen Regelungen nicht in Frage gestellt.

Aus der Vernehmung weiterer Zeugen ergab sich, daß Prof. König die Geräte immer als sein Eigentum bezeichnet hat und mit ihnen entsprechend verfahren ist.

Eine am 15. 12. 1960 von der Staatsanwaltschaft vorsorglich eingereichte Beschwerde, die nie begründet wurde, zog die Staatsanwaltschaft am 10. 1. 61 zurück.



Sekunden-
Bruchteile
messen?

Ausgeschlossen! Dazu gehört mehr als eine „genaue Uhr“. Der Zeitnehmer ist auf die Präzisions-Stoppuhr angewiesen.

Besondere Aufgaben erfordern eben besondere Werkzeuge.

Auch der zeichnende Techniker braucht nicht einfach „einen Bleistift“, sondern hochwertige Spezial-Zeichenstifte und Zeichenminen wie

MARS-LUMOGRAPH.

Sie sind vorbildlich in Strichscharfe, Deckkraft und Lichtpausfähigkeit und bieten auch bezüglich Bruchfestigkeit, Radierbarkeit und geringer Abnutzung weit mehr, als die Zeichen-Praxis normalerweise verlangt.

Die 19 LUMOGRAPH-Härten sind gleichmäßig abgestuft und werden - das ist besonders wichtig - präzise eingehalten.

Zu hervorragenden Zeichenminen gehören selbstverständlich „perfekte“ Klemmstifte:

MARS-TECHNICO-Klemmstifte

stehen bei Fachleuten wegen ihrer so zuverlässigen Klemmzange seit je in gutem Ruf.

Ihre neue wohlausgewogene Gestalt ist ein Beispiel geglückter Formgebung, denn so zuverlässig und arbeitsgerecht MARS-TECHNICO-Klemmstifte schon immer waren, so formschön sind sie nun auch und offensichtlich wertvoll im Material.

MARS-LUMOGRAPH-Zeichenstifte in 19 Härten
MARS-LUMOGRAPH-Zeichenminen in 18 Härten
MARS-TECHNICO-Klemmstifte für 18 Härten

Wir senden Ihnen gern Probeminen und Informationsmaterial, wenn Sie uns schreiben und sich auf diese Anzeige beziehen.





Das gepflegte Haus

Restaurant · Café · Terrasse · mod. Gesellschaftsräume (30 bis 150 Personen) für Veranstaltungen aller Art · franz. Billard
ADAC · Parkplatz

DARMSTADT-EBERSTADT
Mühlstraße 35 Telefon 79 460

Bes. W. Paulus

J.S. STAEDTLER
MARS BLEISTIFT- UND FÜLLSCHREIBGERÄTE-FABRIK NÜRNBERG

Eine Erwiderung Herrn Reinowskis auf

An Inside Story

Ihr angeblicher Verfasser der „Inside Story“ heißt entweder nicht Sapra, oder er ist nicht, wie Sie behaupten, einer der Podiumsredner gewesen. Er behauptet, der Herausgeber und Chefredakteur des „Darmstädter Echo“, Hans Reinowski, habe dem Gesprächsteilnehmer Sadarsana die Veröffentlichung einer Erklärung abgelehnt, die dieser am 17. November verfaßt und in der er begründet habe, warum er den Bericht des Herrn Dümas über das Gespräch im Studentenheim, den das „Darmstädter Echo“ am 8. November veröffentlicht hat, nicht gutheißen könne.

Trotzdem habe Reinowski in einem Leitartikel am 18. November behauptet, er habe alle Zuschriften, die in dieser Sache an ihn gelangt seien, im vollen Wortlaut an hervorragender Stelle in seiner Zeitung veröffentlicht. Am nächsten Tage habe er trotz der Kenntnis des von Herrn Sadarsana an ihn gelangten Briefes behauptet, die ausländischen Studenten seien nicht unschuldig an dem Skandal, denn sie hätten zu dem Bericht im „Darmstädter Echo“ vom 8. November geschwiegen und hätten diesen damit als rechtfertigend anerkannt.

„Es ist klar, daß hier mit Absicht doppelt gelogen wird“, heißt es in Ihrer Zeitschrift wörtlich.

Wegen dieser groben Beleidigung werden Sie mir Genugtuung geben müssen.

Die unwahren Behauptungen Ihres angeblichen Herrn Sapra sind folgendermaßen richtigzustellen:

Am 6. November hat das Podiumsgespräch im Evangelischen Studentenheim stattgefunden. Am 8. November hat Herr Dümas im „Darmstädter Echo“ darüber berichtet. Am 12. November habe ich meinen Leitartikel „Skandal im Studentenheim“ veröffentlicht.

Vom Erscheinen dieses Artikels am 12. November bis zum Erscheinen des Artikels „Antwort auf Zuschriften“, der am 17. November geschrieben wurde und am Morgen des 18. November erschien, waren alle in dieser Sache an mich gelangten Erklärungen im Wortlaut erschienen: Am 14. November die Gegendarstellungen des Studentenpfarrers Mochalski und der sieben Gesprächsteilnehmer; am 15. November die Erklärungen des Oberkirchenrats D. Heß, der Vertrauensstudenten der evangelischen Studentengemeinde und des ASIA; am 16.17. November die Erklärung unseres Berichterstatters Georg Dümas; am 18. November die Erklärungen der Gesprächsteilnehmer Malavia und Nefididew, des Studentenpfarrers Mochalski und eine von den Vertrauensstudenten gewünschte Ergänzung.

In keiner dieser Gegendarstellungen und Erklärungen wurde die Richtigkeit der Zitate in dem Bericht über das Gespräch bestritten oder auch nur angezweifelt. Auch in der Zeit zwischen dem 8. und 12. November ist das nicht geschehen. In ihrer am 14. November vom „Darmstädter Echo“ veröffentlichten Erklärung bestreiten die sieben Gesprächsteilnehmer die von Herrn Dümas zitierten Ansprüche nicht, sondern bekennen sich ausdrücklich dazu. Sie bemängeln nur, daß in meinem Leitartikel vom 12. November irrtümlich behauptet worden war, an dem Podiumsgespräch hätten nur Ausländer teilgenommen, während in Wirklichkeit nur die Podiumssprecher Ausländer waren, im Saale aber etwa zwanzig deutsche Studenten anwesend waren.

Die Erklärung vom 14. November hat der Student Sadarsana ohne Einschränkung und Vorbehalt unterzeichnet. Damit war er nach

Form und Inhalt seinem Wunsche gemäß und dem Gesetz entsprechend im „Darmstädter Echo“ zu Wort gekommen. Es lag kein Anlaß vor, eine weitere Äußerung von ihm zu erwarten. Später — nach dem Erscheinen der Erklärung von Georg Dümas im DE — genügte Herr Sadarsana diese Erklärung nicht mehr. Deshalb schrieb er am 17. November eine lange Polemik gegen Herrn Dümas, die am Abend im „Darmstädter Echo“ eintraf. Dabei ist notwendig zu wissen, daß ein Leitartikel, den man am 18. November in der Morgenzeitung liest, spätestens am Abend des 17. November geschrieben, gesetzt und angedruckt werden muß; daß also normalerweise in ihm kein Bezug auf ein fremdes Manuskript genommen werden kann, das erst spät abends eintrifft.

Die Angaben in meinem Leitartikel vom 18. November entsprechen also der vollen Wahrheit.

In meinem am 18. November geschriebenen und am 19. November veröffentlichten Leitartikel „An die Gesprächsteilnehmer“ habe ich den Podiumsrednern vorgeworfen, sie hätten zu unserem Bericht am 8. November bis zum Erscheinen meines Leitartikels vom 12. November geschwiegen und diesen damit als rechtfertigend anerkannt. Dann hätten sie eine gemeinsam unterschriebene Erklärung abgegeben, aus der hervorgehen schien, daß außer der Annahme, es seien nur ausländische Gesprächsteilnehmer zugegen gewesen, und es sei keine Wechselrede erfolgt, alles in vollster Ordnung sei, und daß jeder der Unterzeichneten zu den von uns angemerkten Äußerungen stehe. Erst als die Angelegenheit Blasen zu ziehen begonnen habe, seien andere Briefe an uns gekommen.

Herr Sadarsana hat die Berechtigung dieses Vorwurfes in seinem Schreiben vom 17. November vollauf bestätigt. Dort heißt es: „Wir haben unsere Stellungnahme (DE 14. 11.) in erster Linie gegen den Leitartikel Herrn Reinowski „Skandal im Studentenheim“ gerichtet.“

„Wenn ich gegen Ihren Bericht (DE 8. 11.) nichts unternommen habe, so heißt das nicht, daß ich mit Ihrer Darstellung unseres Podiumsgesprächs einverstanden bin. Vielmehr habe ich mich nach einigen Überlegungen entschlossen, ihn als kleines Übel hinzunehmen. Jetzt, nachdem die Sache aufgewirbelt ist, stehen die Dinge anders.“

Genau das habe ich in meinem Leitartikel vom 19. November Herrn Sadarsana und seinen Freunden zum Vorwurf gemacht. Die von mir darin gemachten Angaben entsprechen vollauf der Wahrheit.

Herrn Sapras ehrenrühriger Anwurf, ich hätte mit Absicht doppelt gelogen, steht mit der Wahrheit in Widerspruch und ist eine Beleidigung.

Herrn Sadarsana Schreiben vom 17. November entsprach nicht den Bestimmungen des Hessischen Pressegesetzes. Als Leserbrief war es mir zu polemisch und zu lang; auch wich es zu weit vom Thema ab. Deshalb lehnte ich vorerst die Veröffentlichung am 20. November in einem höflichen Schreiben an Herrn Sadarsana mit ausführlicher Begründung ab.

Im weiteren Verlauf habe ich auf ihren Wunsch die Herren Venkat und Sadarsana in der Redaktion des „Darmstädter Echo“ empfangen und ein langes Gespräch mit ihnen geführt. Dabei erklärte ich mich nachdrücklich bereit, Herrn Sadarsanas Schreiben vom 17. November als Leserbrief abzudrucken.

Die von Ihnen fraglich gemachten „Gründe, weshalb sich Reinowski zu dieser Entscheidung entschlossen hat“, liegen für jeden erfahrenen

Zeitungsman auf der Hand. Herr Sadarsana legte großen Wert darauf, nochmals zu Wort zu kommen. Mir war daran gelegen, einen jungen ausländischen Studenten in seinem Eifer, mitzureden, nicht ohne Not zu enttäuschen und zu kränken.

Herr Sadarsana wünschte beim Abdruck des Leserbriefes zusätzlich eine Notiz, aus der hervorgehen sollte, daß dieser schon einen Tag vor dem Verfassen des Leitartikels vom 19. November „An die Gesprächsteilnehmer“ an das „Darmstädter Echo“ eingesandt worden sei.

Da diese Notiz für mich ohne jeden Belang war, weil Herrn Sadarsanas Brief die Sachlage nicht veränderte, erfüllte ich ihm auch diesen beim Abdruck von Leserbriefen sonst nicht üblichen Wunsch.

Ich argwöhnte dabei nicht, daß mit dieser von Herrn Sadarsana so dringend gewünschten Notiz der Vorwand gefunden werden sollte, den Vorwurf der Lüge gegen mich zu konstruieren.

Da Ihr Gewährsmann Sapra nach der Darstellung seiner „Inside Story“ weder mit Herrn Venkat noch mit Herrn Sadarsana identisch sein kann, die mit mir gesprochen haben, muß ich annehmen, daß er von den beiden Herrn falsch informiert worden ist.

Das beginnt schon im dritten Absatz seiner „Inside Story“. Dort heißt es: „Studentenpfarrer Mochalski war auch dabei.“

Der Satz ist irreführend. Studentenpfarrer Mochalski war als Hausherr des Evangelischen Studentenheimes — wenn auch nicht vom Podium aus, so doch vom Auditorium her — der verantwortliche Veranstalter und Beaufsichtiger des Gesprächs. Die Anwesenheit der kirchlichen Visitationskommission bei der Gesprächseröffnung am Vortag beweist das zur Genüge.

Pfarrer Mochalski hat bei ihm zu lebhaft erscheinenden Kundgebungen des Beifalls oder des Mißfallens leitend und ermahnend in die Debatte eingegriffen. Das hat mir Herr Sadarsana in Gegenwart des Herrn Venkat auf Vorhaltungen bestätigt. Herrn Venkat, der das Gespräch offiziell auf dem Podium geleitet hatte, schien diese Aussage des Herrn Sadarsana nicht recht zu sein.

Der mir unterschobene Ausspruch: „Es ist bei der deutschen Presse Brauch, über einen anderen herzufallen, wenn er anderer Meinung ist; die Herren hätten das vorher wissen sollen“, ist nicht — auch nur annähernd sinngemäß! — bei meinem Gespräch mit den beiden Herren gefallen. Er entspricht nicht meiner Gesinnung, nicht meiner Ansicht über die Demokratie, nicht meinem Urteil über die Presse in der Bundesrepublik Deutschland und nicht meiner Sorgfaltspflicht gegenüber ausländischen Studenten.

Die Redaktion der „darmstädter studentenzeitung“ hat die vorstehende Gegendarstellung herausgefordert, in der zum Abschluß noch eine Richtigstellung notwendig ist.

Auf meine Bemerkung, die Podiumssprecher hätten zu unserem Bericht geschwiegen und diesen damit als rechtfertigend anerkannt, schreibt Ihr angeblicher Herr Sapra: „Als „slogan“ mag der Sophismus „Wer schweigt, stimmt zu“ für die gedankenlose Masse gelten, für eine ehrliche Debatte gilt er als Argument nicht.“ Der von dem Studenten Sapra als „slogan“ und „Sophismus“ für die gedankenlose Masse bezeichnete Rechtsgrundsatz „Qui tacet consentire videtur“ („Wer schweigt, von dem angenommen wird, daß er zustimmt“) wurde vor fast siebenhundert Jahren von Papst Bonifatius VIII. in das altherwürdige Kanonische Recht aufgenommen. Später übernahm ihn

Mitteilungen des AStA

Im vergangenen Sommersemester fand an der Technischen Hochschule Darmstadt die Solidaritätssammlung der Deutschen Studentenschaft in der Woche vom 4. bis 9. Juli statt. Diese Sammlung hat folgendes Ergebnis erbracht:

Professorenschaft: DM 478,48

Studentenschaft: DM 463,26

Insgesamt: DM 941,74

Außerdem ging noch eine Sachspende in Form von Medikamenten beim Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen ein. Der Betrag und die Sachspenden wurden an das Gesamtdeutsche Referat des Verbandes Deutscher Studentenschaften nach Berlin übersandt.

Legt man den von der Studentenschaft gespendeten Betrag, ohne die in den Sammelbüchsen vorgefundenen Münzen im Werte von DM 1,- und DM 2,- als Einzelspende zu werten, auf die Gesamtheit der im SS 60 eingeschriebenen Studenten um, so ergibt sich DM 0,11 pro Student (vgl. dazu: WS 59/60 - 0,07; SS 59 - 0,13 DM pro Student).

Nachdem im Jahre 1949 der Versuch, die Einheit der Deutschen Studentenschaft über die trennenden Zonengrenzen hinweg aufrecht zu erhalten, gescheitert war, rief der VDS im Jahre 1950 erstmalig zu einer Solidaritätssammlung für die sowjetzonalen Kommilitonen auf.

Er wurde dabei geleitet von dem Gefühl einer unauflösliehen Verpflichtung und Verantwortung gegenüber jenen, die ohne ihre eigene Schuld und gegen ihren Willen durch den Zusammenbruch Deutschlands und die darauffolgende Ent-

Elektroniken nicht viel größer als eine Streichholzschachtel steuern Raketen ins Weltall. Ähnlich erstaunliche Leistungen vollbringen Elektronik-Vergrößerungsgeräte in modernen Photo-Labors und dabei erstaunlich billig 7x10, 9x9 u. 9x13 Vergrößerungen nur 16 Pfennige bei

PHOTO-HAUSCHILDT, Darmstadt, Ludwigstraße 9

wicklung in einem totalitären Herrschaftssystem zu leben gezwungen waren. Durch rasche und wirksame Hilfe sollte die Lage der aus politischen Gründen in Not geratenen Kommilitonen in der heutigen „DDR“ gebessert werden. Mindestens ebenso groß wie der weder damals noch heute zu unterschätzende materielle Zweck der Solidaritätssammlung ist für die Kommilitonen in der SBZ der Beweis unserer Verbundenheit mit ihnen und unseres festen Willens, sie nicht abzuschreiben. Daß die Sammlung und die durch sie möglich gewordene Hilfe tatsächlich so empfunden wird, geht aus zahlreichen Briefen hervor, die dem VDS aus Mitteldeutschland zuzingen. So gelingt es bis heute, über die immer mehr auseinanderklaffende Grenze eine wenn auch schmale Brücke zu schlagen. Gerade in dieser Zeit, wo die forcierte „sozialistische Umgestaltung der Hochschulen“ in der SBZ unsere Kommilitonen vor harte Prüfungen stellt, ist das Zeichen unserer Solidarität wiederum besonders wichtig.

das Deutsche Recht mit dem Zusatz: „ubi loqui potuit et debuit“ („wo er hätte sprechen müssen“):

In dieser Form wird die alte Rechtsregel heute noch im deutschen Rechtsleben praktiziert. Das Reichsgericht sagt dazu: „Wo Ablehnung in ausdrücklicher Form hätte erwartet werden müssen, ist Schweigen regelmäßig als Zustimmung zu werten.“

Im vorliegenden Falle ergibt sich die Erwartung des Widerspruchs zwangsläufig aus den

Spielregeln der demokratischen Presse in einem freiheitlichen Rechtsstaat und aus den gültigen Pressegesetzen. Im Paragraphen 10 des Hessischen Pressegesetzes ist ausdrücklich von „schuldhaftem Zögern“ die Rede: „Der Abdruck der Gegendarstellung muß von dem Betroffenen oder seinem Vertreter ohne schuldhaftes Zögern verlangt werden.“

Darmstadt, den 20. Dezember 1960

gez. Hans J. Reinowski

Herausgeber und Chefredakteur des „DE“

Die Gelder der Solidaritätssammlung werden verwaltet und ausgegeben vom Gesamtdeutschen Referat des VDS. Ihre Verwendung wird kontrolliert vom „Kuratorium für die Solidaritätssammlung der Deutschen Studentenschaft“, das sich zusammensetzt aus:

Professoren und Dozenten der Westberliner Universitäten,

einem Vorsitzenden des VDS,

einem Ehrenvorsitzenden des VDS,

dem Gesamtdeutschen Referenten an den Pädagogischen Hochschulen,

den Ersten Vorsitzenden der AStA der FU und TU.

Sowohl die Ergebnisse der Sammlung als auch die Verwendung der Gelder werden in den „Hochschulinformationen“ des Gesamtdeutschen Referates des VDS laufend veröffentlicht, sowie in dessen Tätigkeitsberichten für die Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen des VDS.

Wer bekommt Hilfe aus der Sammlung?

1. Studenten, die noch in der SBZ studieren, denen man aber wegen ihrer politischen Überzeugung und Haltung ein Stipendium entweder von vornherein versagt oder später sehr kurzfristig vermindert oder entzogen hat.

2. Die Hälfte der Solidaritätsmittel darf nach dem Beschluß des Kuratoriums für geflohene Studenten, Dozenten und Professoren bei besonderen Notlagen ausgegeben werden.

An unserer Hochschule findet die Solidaritätssammlung für das WS 1960/61 in der Woche vom 6. 2. bis 9. 2. statt, wozu ich Sie bitten möchte, die mir gewährte Unterstützung und Hilfe auch meinem Nachfolger im Amt, Herrn Ralf-Rainer Lavies zuteil werden zu lassen.

Karl-Heinz Schwarze

ehem. Referent für gesamtdeutsche Studentenfragen beim AStA

AStA-Auslandsreferat

Stand der angekündigten Studentenfahrten am 15. 1. 61: Da sämtliche im AStA-Programm ausgeschriebenen Skifahrten ausverkauft sind, und die Nachfrage noch groß ist, planen wir eine weitere

Schlammfahrt: 25. 2. - 6. 3. DM 129/136 (Fahrt, Vollpension, Versicherung)

Vorläufige Anmeldungen werden bereits entgegengenommen! Eile geboten!

Pfingstreise nach **Prag:** Nur noch einzelne Plätze frei!

Frühling in **Griechenland** und in der **Türkei:** Genügend Plätze frei.

Schlösser der **Loire** und **Paris:** 25 Plätze frei

Frühjahrsreise nach **Paris:** 20 Plätze frei

Zur Tulpenblüte: Genügend Plätze frei

Für die beiden klassischen **Italienreisen** (13.-25. 4. und 17.-29. 4.) sind die Anmeldungen dringend!

Die Sammelfahrten nach **Barcelona**, die bisher 2 mal wöchentlich durchgeführt wurden, werden in Zukunft (ab Frühjahr) 3 mal stattfinden (Preis: 69,- DM, inkl. eine Übernachtung mit Frühstück in Lyon).

Nähere Auskünfte im Auslandsreferat:

Sprechstunden täglich von 12-13 Uhr.

In der Nr. 50 der „dds“ wurde in dem Artikel „An Inside Story“ behauptet: „Es ist klar, daß hier mit Absicht doppelt gelogen wird“. Diese Äußerung nehmen wir mit dem Ausdruck des aufrichtigen Bedauerns zurück.

Die Redaktion

AUSLAND

England

Die Frage der Zensur der Studentenpresse stand kürzlich erneut an zwei Universitäten zur Debatte. In London ist der Redakteur der Studentenzeitung „Sennet“ von seinem Posten zurückgetreten, nachdem der Präsidialrat entschieden hatte, daß jeder die Union der Londoner Studenten (ULU) betreffende Artikel vor

der Veröffentlichung von einem Zensoren-Ausschuß begutachtet werden müsse. In Manchester hat die Universität das Erscheinen aller studentischer Publikationen eingestellt, bis durch entsprechende Vereinbarungen sichergestellt ist, daß sie keine unerwünschten Artikel enthalten. (Beaver, London)

Frankreich

Auf ihrer letzten Generalversammlung Ende November 1960 wandten sich die Vertreter des nationalen Studentenverbandes UNEF einstimmig gegen eine mögliche Änderung des

Statuts zur Mitverwaltung der Studentenwerke vom Jahr 1955 und gegen jede Erhöhung der Essenspreise in den Universitätsrestaurants. Einstimmig protestierten die Studentenvertreter auch gegen jede Absetzung von Professoren als einen Willkürakt der Verwaltung. Nicht einstimmig angenommen wurde ein Algerien-

Beschluß, der Verhandlungen als einzigen Weg zum Frieden bezeichnet. Die Vertreter der „apolitischen“ Richtung innerhalb der UNEF, die etwa ein Viertel der Mandate besitzen, nahmen an der Abstimmung nicht teil. Der nächste Kongreß der UNEF soll während der Osterferien 1961 in Caen stattfinden. (Studentenspiegel)

Spanien

Die kürzlich gegründete Katholische Universität von Navarra ist im Unterschied zu den zwölf staatlichen Universitäten Spaniens direkt von der Kirche abhängig. Wie aus ihrem Gründungsstatut hervorgeht, will die neue Universität ihre Hörsäle und Wohnheime bevorzugt

spanisch sprechenden Studenten aus Übersee öffnen und daneben besondere Aufmerksamkeit den Studenten aus den neuen afroasiatischen Ländern widmen, auf deren Schultern die kulturelle, wirtschaftliche, soziale und religiöse Entwicklung ihrer Völker ruht. (Información Católica Iberoamericana)

Australien

Vorlesungen durch Rundfunk sind von der Universität von Neusüdwales in Aussicht gestellt. Der Rat der Universität hat diesen Plan

in seiner Sitzung am 12. September gebilligt. Studios und technische Voraussetzungen zur Ausstrahlung des Programmes sind in den elektrotechnischen Laboratorien in Kensington geschaffen worden. Die Station ist Eigentum der Universität und wird ausschließlich von ihr kontrolliert. Der Beginn des ersten Rundfunk-

Kurses war für Oktober vorgesehen. Von den Hörern wird für eine Reihe von 10 Vorlesungen ein Unkostenbeitrag von 2/10 Pfund erhoben. Unter normalen Bedingungen soll der Empfangsbereich des Universitätssenders in einem Umkreis von 100 Meilen liegen. (Tharunka, Sydney)

Förderung

Bonn. Im Sommersemester 1960 haben 1,07% aller nach dem Bonner Modell geförderten Studenten im Ausland studiert. Dies ist das Ergebnis einer neuen Statistik des Deutschen Studentenwerks in Bonn. Bei einer durchschnittlichen Studiendauer von zehn Semestern studierten also ungefähr 10% der Geförderten

während ihres gesamten Studiums ein Semester im Ausland. Österreich (44,1%) und Frankreich (18,9%) waren die bevorzugten Studienländer. Danach folgen: Schweiz (14,9), England (10,3), USA (2,2), Skandinavien (1,6), Italien (0,3), Spanien (0,3), sonstige Länder (1,2); keine Angaben (6,2). Akad. Dienst

Somalia

Sieben Somali-Studenten, die im Laufe der letzten Monate von der Moskauer Universität in ihre Heimat zurückgekehrt sind, haben sich in einem Brief an den Ministerpräsidenten der Republik Somalia gewandt, um vor den Ge-

fahren des Kommunismus zu warnen. Sie erklären, daß die sowjetischen Versprechungen und Freundschaftsversicherungen für die Afrikaner geheuchelt seien. Man habe sie als minderwertige Menschen behandelt und versucht, sie mit Drohungen einzuschüchtern und durch Bestechung zu Aussagen gegen andere afrikanische Studenten zu zwingen. Ihre Schil-

derungen decken sich in vielen Einzelheiten mit dem Bericht, den die drei aus Moskau zurückgekehrten afrikanischen Studenten Amar, Okonkwo und Ayih in einem im Namen des Exekutivkomitees der afrikanischen Studentenvereinigung Moskaus an alle Regierungen Afrikas gerichteten Offenen Brief gegeben haben. (Studentenspiegel)

Österreich

Die Österreichische Hochschülerschaft wird vom 15. Mai bis 3. Juni 1961 die 7. Photoausstellung

europäischer Universitäten veranstalten. Teilnahmeberechtigt sind ordentliche Hörer einer europäischen Universität oder Hochschule, mit vier Bildern. Die Ausstellung ist nur für Schwarz-weiß-Bilder offen, Farbpapierbilder können nur außer Konkurrenz teilnehmen. Das Format ist einheitlich mit 30 mal 40 cm festge-

legt, Oberfläche und Ton frei. Thema wird keines vorgeschrieben. Die besten Bilder werden prämiert. Einsendungen müssen bis spätestens am 15. April eingelangt sein. Teilnahmechein durch Österreichische Hochschülerschaft, Kulturreferat, Kennwort „Photo-Ausstellung“, Wien 1, Führigasse 10.

DEUTSCHLAND

Weniger Honnef-Stipendien

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) hat sich beim Bundestag darüber beschwert, daß immer weniger Studenten eine finanzielle Unterstützung nach dem „Honnefer Modell“ erhalten. In einer Entschliebung wies der Verband darauf hin, daß heute nur fünfzehn Prozent der Studenten Stipendien und Darlehen erhielten. Im Jahre 1958 seien es noch zwanzig Prozent gewesen.

Weiterhin Vertriebsverbot

Die Kontroverse zwischen Studenten und Senat um den Vertrieb von auswärtigen Studentenzeitschriften geht in Freiburg in die nächste Runde, nachdem in der Senatssitzung vom 14. 12. vergangenen Jahres der Kompromißantrag der Juristischen Fakultät nicht zur Abstimmung gestellt wurde. – Die Fakultät verzichtete auf die Abstimmung, nachdem sich gezeigt hatte, daß nur die Professoren der Philosophischen Fakultät bereit waren, dem Antrag zuzustimmen. Die restlichen drei Fakultäten wollten entweder die alte Regelung beibehalten wissen oder den Vertrieb nur auf universitätsfremden Gelände gestatten. (studpress)

Bund Nationaler Studenten

Auf Anordnung des nordrhein-westfälischen Innenministers D u f h u e s wurde der Bund Nationaler Studenten (BNS) in Nordrhein-Westfalen verboten und aufgelöst. Bei den Vorsitzenden der BNS-Gruppen in Köln, Bonn, Aachen und des Stützpunktes an der Universität Münster wurden die Unterlagen dieser als rechtsradikal geltenden Studentenvereinigung beschlagnahmt. Der BNS hatte in Nordrhein-Westfalen verhältnismäßig wenig Mitglieder. (studpress)

Tagung

Zur 11. Jahrestagung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“ wurde die Unabhängigkeit dieser Gesellschaft durch die Anwesenheit der Prominenz aus verschiedensten politischen Richtungen und Kreisen, darunter auch Prorektor Prof. Bartmann, unterstrichen. Referate der Professoren Mann, Bergstraesser, Heilperin u. a. machten die Auffassung der Gesellschaft deutlich, daß nur der voll liberalisierte Welthandel auf Grund der Partnerschaft rein kapitalistischer Länder ein erstrebenswertes Ziel sei. Sozialistische Staaten müßten sich dahingehend ändern, wollten sie teilnehmen. (dds)

AStA - THD

In der Parlamentssitzung am 17. Jan. lehnte das Parlament einen Antrag des AStA-Referenten für politische und gesamtdeutsche Fragen ab, demnach zu einer Resolution gegen einen Paragraphen des Notstandsgesetzes aufgefordert wurde. Dieser Paragraph sieht die Außerkraftsetzung der Freiheit von Forschung und Lehre im Notstand vor. Der Resolutionsantrag, der sich gegen eine dadurch mögliche Unterstellung der Professoren unter die Verwaltung wandte, wurde hauptsächlich durch das Argument zu Fall gebracht, daß der AStA keine politischen Aktionen unternehmen dürfe. (dds)

Besuch

Nachdem im Oktober 1960 4 Mitglieder der Fachschaft Elektrotechnik einer Einladung des Rektors der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau zum V. Internationalen Kolloquium gefolgt waren, hat die Fachschaft Elektrotechnik der THD eine Gegeneinladung für 15 Ilmenauer Studenten ausgesprochen. Die Ilmenauer Studenten haben die Einladung angenommen und werden vom 31. 1. 61 bis zum 5. 2. 61 an der THD sein. (dds)

Prof. König

Auf Beschluß der Strafkammer Darmstadt wurde die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen Prof. König abgelehnt. Da die Begründung des Einstellungsbeschlusses mit dem Ergebnis der Ermittlungen nach Ansicht der Verteidigung nicht übereinstimmt, hat Prof. König beim Hessischen Minister für Erziehung und Volksbildung die alsbaldige Durchführung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst beantragt, um sich von jedem Verdacht einer Dienstverfehlung zu reinigen. (dds)

Bücher

Kurt Ziesel stellt in der „Verratenen Demokratie“

(J. F. Lehmann Verlag, München, Preis Ln. geb. DM 11,80, brosch. DM 8,80) die Mißstände und Verfallserscheinungen unserer Zeit im öffentlichen, politischen und kulturellen Leben der Bundesrepublik mit schonungsloser Offenheit dar. Gleichzeitig macht er auch in zeitnaher Nüchternheit auf Wege und Möglichkeiten zur Ausmerzung dieser an der Substanz unseres Volkes und Staates zehrenden Krankheit aufmerksam. Das Problem Ost-West und vor allem die deutsche Lage darin, analysiert Kurt Ziesel aus einem neuen und zukunftsreichen Aspekt. Ziesels Appell gilt vor allem auch den Politikern jeder Farbe, er dient keiner Partei und keiner Ideologie, er distanziert sich ebenso von jeder Art von Rechts- und Linksradikalismus, sein Programm ist, wenn man es so nennen kann, eines der Mitte, des Maßes. An Stelle der Zerstörung aller Werte fordert Kurt Ziesel deren Erhaltung, auch jener, die im Mißbrauch durch totale Mächte heute suspekt geworden sind. Er fordert den Mut zum Gewissen, er prangert den Opportunismus als die übelste Verfallserscheinung an und wendet sich gegen die intellektuelle Anarchie, die als Nährboden für künftige Diktaturen heute die Atmosphäre Deutschland bestimmt. Er sieht die Möglichkeit des Überlebens nicht nur im Antikommunismus, sondern vor allem in der beispielhaften Ausformung einer besseren Welt, die ausstrahlend auch auf den Osten seine Entartung vielleicht zu heilen vermag. lp

Max Weber:
Rechtssoziologie

Aus dem Manuskript herausgegeben von Dr. Johannes Winkelmann. 348 Seiten, Glanzfolie DM 14,80.

Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied/Rhein.

Die „Rechtssoziologie“ ist ein Text aus Webers Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“. Diese neue Ausgabe ist besonders durch die Auffindung des Weber'schen Manuskriptes in einer amerikanischen Bibliothek gerechtfertigt und angebracht. Der Vergleich dieser Fassung mit der schon bekannten Gesamtausgabe hat aufsehenerregende Veränderungen, Berichtigungen und Umstellungen ergeben. Die vorliegende Ausgabe enthält darüberhinaus das thematisch zur Rechtssoziologie gehörende Kapitel „Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Änderungen“ von Max Weber. Der Vorbericht des Herausgebers und eine erschöpfende Biographie gibt die Möglichkeit, in die Weber'schen Ideen einzudringen und ihre Fortentwicklung bis auf den heutigen Tag zu verfolgen. Korfer

Handbuch der historischen Stätten Deutschland, Band IV, Hessen.

Kröner Verlag, Stuttgart, 496 Seiten, 15 Stadtpläne, 7 Karten, 15,00 DM.

Dieses insgesamt siebenbändige Handbuch enthält alphabetisch geordnet alle Ortschaften, Berge oder anders bezeichneten Stellen, wo

irgendwann, hauptsächlich aber im Mittelalter und danach, sich historisch bedeutende Begebenheiten abspielten. Die 29 Mitarbeiter des Bandes „Hessen“ sind alle irgendwie bei der Erforschung der Geschichte ihrer Heimat tätig gewesen und haben die Beiträge für ihren Bereich geschrieben, so daß in diesem Band das zusammengefaßt ist, was sonst nur mühsam aus Einzelveröffentlichungen (z. T. auch unter der Gefahr der Verfälschung durch Lokalstolz) entnommen werden muß. Korfer

Europa: Sein Wesen im Bild der Geschichte
Alfred Scherz Verlag, Bern, Stuttgart, Wien.
Textredaktion: Friedrich Heer, 1960, DM 58,—.

Der gewichtige Bildband präsentiert über 700 historische Bilder, durch die ein Überblick über die politische und kulturelle Geschichte Europas gegeben wird. Ein kurzer, fortlaufender Text skizziert die Entwicklungen und versucht, die Bilder inhaltlich jeweils in den Zusammenhang einzuordnen. Das meiste ist kaum bekannte Bildmaterial, das aus sehr verschiedenen Archiven und Museen zusammengetragen worden ist, läßt vor dem Leser die wechselvolle, vielfältige Geschichte Europas in großer Eile vorbeiziehen.

Die vom Verlag als neuartig hervorgehobene Aufmachung des Buches erzeugt diesen Eindruck von Bewegung. Man macht aus dem oft allzu akademisch behandelten Stoff einen grellen spannend illustrierten Kurzbericht „6000 Jahre Europa in Wort und Bild!“ Dafür sorgen z. B. die im Präsens gehaltenen Schlagzeilen auf jeder Seite und eine wechselnde effektvolle Arrangierung der Bilder. Das Buch blättert sich daher etwa wie eine wohlgelegene Sonderausgabe der „LIFE“ durch.

Aber das Wesen Europas wird nicht deutlich, weder durch die Bilder noch durch den Text, der von anerkannten Fachleuten geschrieben wurde. Die effektvolle Aufmachung verdrängt eher den ordnenden, wertenden Gedanken, die tiefere Analyse, den Vergleich mit anderen Kulturen. Der Leser wird nicht zum Nachdenken und sorgfältigen Betrachtungen animiert, sondern zum Blättern. Sätze und Bilder kommen nicht mehr an, sie werden äußerlich registriert, ohne die tieferen Bereiche des Denkens zum Mitschwingen anzuregen. ra

vorangehenden Rechtsakten, wie etwa Bauleitplanung (Städtebau) und Bodenverkehr. Die im Grundgesetz gegebene Unantastbarkeit des Eigentums (§ 14 GG), die allerdings dort mit der sozialen Verpflichtung des Eigentümers verbunden ist, bereitete beim Wiederaufbau seit 1945 für großzügige Stadtplanungen große Schwierigkeiten. Die mannigfachen Einzelinteressen der Grundeigentümer waren vielfach nicht unter einen Hut zu bringen. Dieses Gesetz versucht nun mit einem mühsam und in langwieriger Arbeit geschaffenen System einerseits die Grundeigentümer und andererseits eine gute Planung zu berücksichtigen.

Dieses doppelte Ziel und die vielen Kompromisse, die das Gesetz enthält, machen seine Benutzung ohne einen Kommentar sehr schwierig oder riskant. Der Kommentar von Knaup/Ingenstau bringt Hinweise auf die Entstehung des Gesetzes, zeigt die Zusammengehörigkeit einzelner Paragraphen aus verschiedenen Teilen des Gesetzes. Die Kommentierung richtet sich vielleicht etwas zusehr nach den zu schützenden Einzelinteressen, ohne dem Planer alle Hinweise für eine vollständige Nutzung des Gesetzes zu geben. Determann

Fred Angerer

Bauen mit tragenden Flächen
Verlag Georg D. W. Callway, München,
86 Seiten, 12,50 DM.

Diese als Habilitationsschrift an der Fakultät für Bauwesen der Münchener Technischen Hochschule angenommene Arbeit gibt hauptsächlich einen Überblick. Die verschiedenen Formen tragender Flächen (normale Deckenplatte, senkrecht stehende Scheibe, Schalen aller Art und Fallwerke aus ebenen Flächen) werden nach der Art ihres statischen Verhaltens erklärt.

In einem zweiten Teil gibt der Verfasser Hinweise auf gestalterische Besonderheiten und Möglichkeiten der einzelnen Arten tragender Flächen. Leider fehlt hier die für eine Anwendung von Schalen oder Fallwerken wichtige Angabe der Wirtschaftlichkeit im Zusammenhang mit der Spannweite, so daß der entwerfende Architekt auch trotz dieses Buches schon im Stadium des Vorentwurfes den entsprechenden Bauingenieur zu Rate ziehen muß, auch wenn nachher keine Schale verwendet werden kann. Man hätte gehofft, daß mit einem solchen offenbar als wissenschaftliche

HALLOO-WACH macht munter

Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960
Ausgabe des Gesetzeswortlauts 104 Seiten,
kart., 3,00 DM.

Bundesbaugesetz mit Kommentar von H. Knaup
und H. Ingenstau, 312 Seiten, gzl., 18,00 DM,
beides im Werner-Verlag Düsseldorf.

Das 1960 vom Bundestag verabschiedete Bundesbaugesetz bringt eine bundeseinheitliche Regelung des Baurechts, mit Ausnahme der technischen Baubestimmungen, die nach wie vor Länderangelegenheiten sind. Das Gesetz befaßt sich hauptsächlich mit den dem Bauen

Arbeit gedachten Buch dem Architekten auch die Möglichkeit der Berücksichtigung wirtschaftlicher Fragen ermöglicht worden wäre. Determann

Bauen + Wohnen
Internationale Zeitschrift, München, Einzelheft
4,80 DM, Abonnement 11,25 DM pro Quartal
(erscheint monatlich), Preise ohne Porto. Hefte
6, 8 und 9/60

Langeweile und schlechte Laune. Bauen + Wohnen ist eine deutsch-schweizerische Archi-

tektur-Zeitschrift, die durch die Beteiligung namhafter Architekten aus allen westeuropäischen Ländern und Amerika in ihrem Patronatskomitee versucht, einen internationalen Querschnitt zu geben.

Man sieht neben Beispielen aus der Schweiz und Deutschland, Industriebauten aus Amerika und Italien, Stadtplanung in Brasilien, Siedlungsbauten in England, Spanien, Frankreich und dazu theoretische Arbeiten zur Frage des zukünftigen Stadtverkehrs und zwei Beiträgen „zur Diskussion über die Lage der modernen Architektur“ (Bezeichnung der Redaktion der Zeitschrift) in Heft 9/60.

Alle gebotenen Beispiele zeichnen sich durch die heute übliche Perfektion in kleinen und kleinsten Einzelheiten (dargestellt in besonderen Konstruktionsblättern) aus. Die Darstellung selbst gibt sich ebenfalls sehr perfektioniert, was nicht immer zur Lesbarkeit und Übersichtlichkeit beiträgt. Eine gewisse Langweiligkeit ist die Folge.

Bei dem Heft 9/60 scheint indes die richtige publizistische Perfektion nicht gelungen zu sein: Man begründet die oben erwähnten Beiträge zur Lage der modernen Architektur von Jürgen Joedicke (Patron) und Franz Füg (Redakteur) mit neun kleinen Bildern von für symptomatisch schlecht gehaltenen Bauten „namhafter Architekten“, ohne indessen die Namen zu nennen, was mindestens bedauerenswert ist. Unfair dagegen ist die schlechte und unvorteilhafte Art der Reproduktion, die daher rührt, daß man sich offenbar Veröffentlichungen aus anderen Zeitschriften als Vorlagen nahm, wiederum ohne Quellenangabe. Der in der Bauwelt 8/60 mit vielen Arbeiten (in guter Darstellung) vorgestellte O. M. Ungers wird auf diese Art und Weise gleich zweimal im gleichen Heft (S. 302 u. 306) schlecht gemacht. Die komplizierten Formen gerade dieses Architekten lassen sich unmöglich an jeweils einem einzigen, noch dazu schlechten Bild darstellen und kritisieren. — Alle Bemühungen um die moderne Architektur auf den etwa 60 Text- und Abbildungsseiten eines Heftes werden angesichts einer solchen, fast ans Unanständige grenzenden Art der Auseinandersetzung höchst suspekt. Determann

Dr.-Ing. Erwin Samal

Grundriß der praktischen Regelungstechnik
Verlag R. Oldenbourg, München
334 S., 195 Abb., 80, 1960, Folienband, Preis: 24,— DM.

Für die wissenschaftliche Regelungstechnik gibt es, auch auf dem deutschen Büchermarkt, eine

Reihe von ausgezeichneten Darstellungen, die in ausführlicher Weise und anhand umfangreicher mathematischer Ableitungen die in den letzten beiden Jahrzehnten erarbeiteten Theorien der Regelungstechnik erläutern.

Schwer oder gar nicht zu finden war dagegen bisher die kurzgefaßte und doch das ganze Gebiet umfassende Einführung, die sich an der Praxis orientiert und den Leser seinen Schauer vor der zunächst unübersehbaren Mannigfaltigkeit mathematischer Ausdrucksmöglichkeiten vergessen läßt.

Die Niederschrift von Erwin Samal, die für einen Kursus „Grundgedanken der Regelungstechnik“ des VDI/VDE-Arbeitskreises „Regelungstechnik“ ausgearbeitet wurde, soll die Lücke schließen. Dieses handliche Buch, vom Verlag R. Oldenbourg in gewohnt sorgfältiger Weise ausgestattet, verwendet daher mathematische Hilfsmittel nur in geringem Maß, behandelt aber alle wesentlichen Fragen der praktischen Regelungstechnik an zahlreichen, der Praxis entnommenen Beispielen, die zahlenmäßig mit Hilfe von Überschlagsformeln durchgerechnet werden. Der Inhalt des Bandes ist aufgeteilt in Grundbegriffe, Regelstrecke, Regler, Regelkreise mit stetigen Reglern und Verschiedenes.

Dem Ingenieur, der sich bisher noch nicht mit der Regelungstechnik beschäftigt hatte und besonders dem um allgemeines Verständnis bemühten Studenten verschafft dieses Buch einen Überblick, den er sich rasch und einprägsam erwerben kann. f.

Kritischer Kalender 1961

Verlag Bärmeier und Nickel, DM 5,80.
tischen Kalender 1961“ von Bärmeier und Nickel. Hermann Mostar schrieb dazu die Knüppelverse. Hier wird über die zeitgemäßen Schwächen und Eigenarten des Herrn „Deutschmann“ hergezogen. Die glänzenden Karikaturen wirken besonders durch ihre Überspitzung und oftmals allegorische Darstellung. Karikaturen und Knüppelverse sind gut aufeinander abgestimmt. Ein Buch für jeden zu empfehlen, ausgenommen Minister, Großindustrielle, typische Vertreter des Wirtschaftswunders und alle anderen Leute, die sich selbst und alles andere tierisch ernst nehmen. b

Das aktuelle Thema

1. Literatur — Stein
2. Geschäfte mit Schlagern — Siegfried Schmid-Joos

3. teenager und manager — Helmut Lamprecht
4. Sport, wichtigste Nebensache — Horst Peets
5. Leben nach der roten Schablone — Wolfgang Weinert

rowohls deutsche enzyklopädie:

- 100 Günter Schmolders: Das Irrationale in der öffentlichen Finanzwirtschaft / Probleme der Finanzpsychologie.
- 102 Hellmut Wilhelm: Gesellschaft und Staat in China / Geschichte eines Weltreiches.
- 103/104 Hans Keller: Statistik im modernen Wirtschafts- und Sozialleben.
- 105/106 Margret Boveri: IV Verrat als Epidemie: Amerika/Fazit
- 107 Wolfgang Kayser: Das Grotteske in Malerei und Dichtung
- 108 S. N. Behrmann: Duveen und die Millionäre / Zur Soziologie des Kunsthandels in Amerika
- 110 Agnes Arber: Sehen und Denken in der biologischen Forschung
- 111/112 Sir Mortimer Wheeler: Moderne Archäologie / Methoden und Technik der Ausgrabung
- 113/114 Robert von Ranke-Graves: Griechische Mythologie / Quellen und Deutung I.
- 115/116 Robert von Ranke-Graves: Griechische Mythologie / Quellen und Deutung II.
- 117/118 Reto Bezzola: Liebe und Abenteuer im höfischen Roman.

Eine Rakete ins Weltall ist oft früher zurück, als Colorarbeiten fertig sind. Deswegen Colorarbeiten zum neuen Preis innerhalb von 3-4 Tagen.

Agfa-Color-Labor
PHOTO-HAUSCHILD
Darmstadt, Ludwigstraße 9

Sport

Einen schönen Erfolg konnten die TH-Fechter in einem Mannschaftskampf gegen den Fechtclub Offenbach am 23. 1. verbuchen. Die TH-Mannschaft siegte mit 17:8. Der Erfolg ist besonders beachtlich, da der Fechtclub Offenbach einige Male Hessischer Mannschaftsmeister war und in seiner Mannschaft 3 Mitglieder seiner Meistermannschaft von 1960 hatte. Sogar die drei besten Einzelfechter stellte die TH mit Rainer Luke, Hans G. Kilberth, Peter Koch, was die Ausgeglichenheit der TH-Mannschaft besonders deutlich macht.

DEM M I G - B Ü C H E R

Vom Zählen b. z. Gleichg.		Integralrechnung	DM 4,80
1. Grades	DM 7,80	Differentialgleichungen	DM 3,60
Von Proportionen b. z. Gleichg.		Statik starrer Körper	DM 9,60
2. Grades	DM 9,60	Festigkeitslehre	DM 9,60
Vom Punkt bis zum Kreis	DM 6,50	Dynamik des Massenpunktes	DM 6,—
Arithmetik und Algebra	DM 5,—	Dynamik des Massenkörpers	DM 4,—
Differentialrechnung	DM 9,60	Einfl. i.d. Vektorenrechnung	DM 2,50

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart, Prospekt D kostenlos bitte anfordern. — Demmig-Bücher sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Demmig-Verlag Kom.-Ges., (16) Darmstadt-Eberstadt

Verband deutscher Studentenschaften

Der Landesverband Hessen im VDS befaßte sich auf seiner 7. a.o. Landesverbandskonferenz mit dem vom Innenministerium vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über Ein- und Ausreise.

Die Delegierten äußerten ihre Besorgnis, daß mit diesem Gesetz, das neben verstärkten Abwehrmaßnahmen gegen die Tätigkeit von Zonenbeauftragten und roten Funktionären in der Bundesrepublik auch ein generelles Anreiseverbot nach Mitteldeutschland zuläßt, erstmals etwas unter Strafe gestellt werden solle, was bisher nicht strafbar war. Der vom AstA der Universität Frankfurt vorgelegte Entschließungsentwurf wurde mit Zusatzanträgen einstimmig angenommen:

„Der Landesverband Hessen im VDS hat Verständnis dafür, daß die Bundesregierung den Mißbrauch der bestehenden Freizügigkeit des Reisens durch Beauftragte des Sowjetzonenregims unterbinden will. Der Landesverband lehnt

Haben Sie außerhalb gekauft

so sind wir trotzdem selbstverständlich und jederzeit bereit, Sie zu beraten. Geschultes Fachpersonal und das stadtbekanntes Schwarz-weiß- und Color-Labor garantieren Ihnen gute Photoergebnisse.

PHOTO-HAUSCHILDT, Darmstadt, Ludwigstraße 9

jedoch den vorliegenden Gesetzesentwurf der Bundesregierung ab, da dieses Ziel keineswegs durch polizeilichen Perfektionismus erreicht werden kann. Die innerdeutsche Freizügigkeit darf nicht mehr eingeschränkt werden, als dies ohnehin schon durch die Maßnahme der SED-Regierung geschehen ist.

Der Landesverband bittet die Bundesregierung, in Übereinstimmung mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland, andere Wege ausfindig zu machen, um die subversive Tätigkeit von kommunistischen Agenten zu unterbinden, möchte aber die Möglichkeit von Gesprächen auf akade-



Wie uns der Hessische Minister der Finanzen zu unserem Artikel „Schornstein“ in der Nr. 49 mitteilen läßt, brauchte für den Bau des Schornsteins keine Bauanzeige an die Stadt erteilt zu werden, da „Bauten des Landes nicht der bauaufsichtlichen Genehmigung der örtlichen Bauaufsicht unterliegen“. Die Notwendigkeit des Schornsteinbaus wurde dem Magistrat der Stadt Darmstadt vom Hochschulamt am 15. 5. 59 schriftlich begründet, die endgültige Höhe in einer Kabinettsitzung am 4. 10. 60 festgelegt.

Wie wir vom Hochschulbauamt erfahren, kann mit Beginn des kommenden Sommersemesters der Vorlesungsbetrieb in den drei neuen Hörsälen für Elektrotechnik aufgenommen werden.

mischer Ebene zwischen Studenten der Bundesrepublik und der SBZ auch in Zukunft erhalten wissen, da er diese für notwendig hält.“

Neuer Vorsitzender im Landesverband Hessen des VDS

Da der bisherige Vorsitzende des LV Hessen, Wilfried Faß aus Frankfurt, auf der außerordentlichen Delegiertenkonferenz zu Beginn dieses Jahres zum Vorsitzenden des VDS gewählt worden war und deshalb nicht mehr als Delegierter tätig sein kann, wählte eine außerordentliche Landesverbandskonferenz am 19. 1. 1960 den Darmstädter Delegierten, Herrn Hans-Helmut Kassing zum Landesverbandsvorsitzenden. Herr Kassing war von November 58 bis Oktober 59 stellvertretender Vorsitzender des AstA der TH Darmstadt. Herr Kassing ist bereits seit über zwei Jahren Delegierter und als solcher Mitglied des Presseausschusses des VDS.

Auf der gleichen LVK trat der Marburger Delegierte von Auer, der im Zusammenhang mit den Vorfällen beim Auftreten von Volkskammerpräsident Dieckmann in Marburg von seinem Posten als gesamtdeutscher Referent des AstA Marburg abberufen worden war, zurück. Auf die zwei freien Delegiertenplätze wählte die außerordentliche Delegiertenkonferenz nach längeren Debatten unter Ausschluß der Öffentlichkeit den erst vor kurzem vom gleichen Posten zurückgetretenen Alexander Gockel aus Frankfurt und den Marburger Finanzreferenten Pfaffendorf.

Einige 100 Kameras haben wir stets auf Lager

Ladenhüter oder überholte Modelle gibt es bei uns nicht. Persönlich anschauen und erstklassische Fachkräfte sind unerlässlich. Ihr Motto muß es sein: Fragen Sie immer

PHOTO-HAUSCHILDT, Darmstadt, Ludwigstraße 9

Ankündigung:

Am 6. Februar 1961 20.00 c.t. spricht Herr Prof. Boris Meissner auf Einladung des AstA im Wilhelm-Köhler-Saal zum Thema: „Die Sowjetunion vor dem 20. Parteitag“. Aber auch Fragen der gegenwärtigen Politik werden zur Sprache kommen. Eine Diskussion findet wie immer nach Vorträgen dieser Art statt.

Prof. Meissner ist Ordinarius für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas an der Kieler Universität. Als Ostexperte von internationalem Ruf ist er beim auswärtigen Amt tätig und gehörte eine Zeilang der deutschen Botschaft in Moskau an.

Ralf-Rainer Lavies



Der Wissenschaftsrat hat empfohlen

Der Wissenschaftsrat, ein Gremium, das am 5. September 1957 durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern ins Leben gerufen wurde, und dem Wissenschaftler oder anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, oder Personen, die durch ihre dienstliche Tätigkeit der Wissenschaft und ihrer Förderung nahestehen, angehören, hat in seinen im November vergangenen Jahres vorgelegten Empfehlungen auch ein Ausbauprogramm für die Technische Hochschule Darmstadt vorgelegt.

Die wissenschaftliche Kommission des Wissenschaftsrates legte Anfang 1959 den Hochschulen einen Fragebogen vor, in dem die Entwicklungspläne der Hochschule festgestellt werden sollten. Nachdem die Hochschulen und ihre Fakultäten Gelegenheit gehabt hatten, die an sie gerichteten Fragen zu erörtern, wurden alle Hochschulen im WS 58/59 von der Kommission des WSR besucht. Auf Grund dieser und weiterer Besprechungen legte die Hochschule eine endgültige Beantwortung des Fragebogens vor.

Der Wissenschaftsrat koordinierte die Vorschläge der Hochschulen mit den Gutachten der Fachvertreter und stellte sodann die Empfehlungen für die Vermehrung der Lehrstühle auf. Damit verbunden waren selbstverständlich ganz konkrete Vorstellungen über das wünschenswerte Verhältnis von Studentenzahlen zur Zahl der Lehrpersonen, sowie Vorschläge für den Neubau von Hörsälen und Instituten.

Wenn man berücksichtigt, daß die Hochschule für 5500 Studenten ausgebaut werden soll, ergibt sich für Darmstadt folgendes Bild:

Erklärung der Zeichen und Abkürzungen

Ord.: Ordinariat; EO: Extraordinariat; kw künftig wegfallend; (): Zahl der Lehrstühle mit kw-Vermerk, für die die Streichung des Vermerks empfohlen wird.

Disziplin	Bestand 1960	Vom Wissenschaftsrat empfohlen
Fakultät für Architektur		
Grundlehre	1 EO Freies Zeichnen und angewandte Plastik	1 EO Plastik
Baukonstruktion (einschl. Statik)	1 Ord. Hochbaukonstruktionen und Entwerfen 1 Ord. Statik der Hochbaukonstruktionen 1 EO Technischer Ausbau und Baustoffkunde	
Bau- und Kunstgeschichte Architektur (Entwerfen)	1 Ord. Kunstgeschichte 1 Ord. Entwerfen und Kirchenbau 1 Ord. Entwerfen, Gebäudekunde und Innenausbau 1 Ord. Entwerfen, Baugestaltung und Industriebaukunde	1 Ord. Baugeschichte 1 Ord. Gebäudekunde und Entwerfen 1 Ord. Innenausbau und Entwerfen
Städtebau und Siedlungswesen, Raumforschung	1 Ord. Städtebau, Siedlungswesen und Entwerfen	1 Ord. Siedlungswesen und Wohnungswesen
Fakultät für Bauingenieurwesen		
Konstruktiver Ingenieurbau	1 Ord. Statik, Stahlbrücken- und Stahlhochbau 1 Ord. Massivbau 1 Ord. Bodenmechanik und Grundbau	2 Ord. Statik und Stahlbau
Planende Fächer	1 Ord. Wasserbau und Wasserwirtschaft 1 Ord. — kw — Wasserbau und Hydromechanik 1 Ord. Eisenbahn-, Straßen- und Verkehrswesen, 1 Ord. Stadtbauwesen und Siedlungswasserwirtschaft	1 Ord. Verkehrswesen kw-Vermerk streichen 1 Ord. Baubetriebslehre
Geodäsie		1 Ord. Geodäsie
Fakultät für Maschinenbau		
Wärmelehre	1 Ord. Wärmetechnik	1 Ord. Wärmelehre
Werkstofftechnik	1 Ord. Werkstoffkunde	
Einführung in den Maschinenbau und Maschinenelemente	1 Ord. Maschinenelemente 1 Ord. Maschinenelemente und Getriebe 1 Ord. Strömungslehre und hydraulische Maschinen	4 Ord. für Disziplinen und 2 EO für Spezialrichtungen nach der Vorprüfung
Konstruktive Gebiete	1 Ord. Dampfkraftmaschinen 1 Ord. Verbrennungskraftmaschinen und Flugtriebwerke 1 Ord. Technologie und Werkzeugmaschinen 1 Ord. Fördertechnik und Lasthebemaschinen 1 Ord. Reaktortechnik 1 EO Druckmaschinen und Druckverfahren	

Einem „on dit“ zufolge . . .

. . . wurden jetzt von zwei Lehrstühlen unserer Hochschule Stechuhren bei einer einschlägigen Firma in Auftrag gegeben, um eine genauere Kontrolle der Studien- und Diplomarbeiten zu ermöglichen.

. . . hatte das Konstruktionsbüro einer renommierten Lokomotivenfabrik im Raum Kassel erhebliche Schwierigkeiten die Handskizze von einem Modell anzufertigen, welches ein findiger Student vom Lehrstuhl Maschinenelemente als Aufgabe zugewiesen bekommen hatte und infolge Weihnachtsferien an die Firma weitergegeben hatte.

. . . wollen Studenten des Maschinenbaus einen Klub der Entwurfsdienstverweigerer gründen.

. . . werden bei weiteren Sendungen von „Lysistrata“ die Parlamentssitzen-

gen des AstA nach dem Fernsehprogramm ausgerichtet.

. . . gelang es einem Studenten in einer Vorlesung von Prof. Kogon auf Grund des Fotos in dds Nr. 45 Dan Broeger zu identifizieren.

. . . beabsichtigte der Stud. Filmkreis Hilfsblätter herauszugeben, um den Cocteau-Film „Blut eines Dichters“ auch für Nichteingeweihte verständlich zu machen.

. . . sieht Prof. Klöppel von einer Erhöhung seiner Kolleggelder ab, obwohl seine Verlesungen die übliche Dauer häufig überschreiten.

. . . wurde Prof. Maguerre gebeten, für die Einweihung der neuen Hochspannungshalle den Chorus „Seid verchlungen Millionen“ einzustudieren.



STUDENTISCHER FILMKREIS THD

zeigt im Wilhelm-Köhler-Saal am:

1. Februar, nur 14.00 und 20.00 Uhr
KINDER DES OLYMP u. Katz und Maus

2. Februar, nur 20.00 c. t.

DER LETZTE MANN u. La premiere nuit und zum Abschluß des Semesters am

8. Februar, 14.00, 18.00 und 20.30 Uhr

Große Gala — Prunk — Kater — Vorstellung ein cinematographisches Lustspiel ungeheuren Ausmaßes, dessen Titel noch immer nicht verraten wird!

Bitte beachten Sie unsere Schaukästen und denken Sie an den Vorverkauf!

(Fortsetzung von Seite 27)

Disziplin	Bestand 1960	Vom Wissenschaftsrat empfohlen
Fertigungs-, Verfahrens- und Anlagentechnik	1 Ord. Papierfabrikation 1 Ord. Heizungs- und Trocknungstechnik	
Arbeitswissenschaft		1 Ord. Arbeitswissenschaft
Flugtechnik	1 Ord. Luftfahrttechnik	1 Ord. Flugtechnik
Fakultät für Elektrotechnik		
Elektrotechnik (Gesamtgebiet)	1 Ord. Allgemeine Elektrotechnik 1 Ord. Regelungstechnik 1 EO Theoretische ET	1 Ord. Elektrotechnik
Energietechnik	1 Ord. Hochspannungs- und Meßtechnik 1 Ord. Elektrische Maschinen und Antriebe 1 Ord. Elektrische Anlagen und Netze	1 Ord. Energietechnik
Nachrichtentechnik	1 Ord. Allgemeine Nachrichtentechnik 1 Ord. Hochfrequenztechnik	1 Ord. Nachrichtentechnik
Fakultät für Chemie		
Chemie	3 Ord. Anorganische analytische und physikalische Chemie 1 EO Kernchemie 1 Ord. Organische Chemie 1 EO Organische Chemie 1 Ord. Zellulosechemie 1 EO Gerbereichemie 1 EO Elektrochemie 1 EO Strukturforschung 1 Ord. Chemische Technologie	1 Ord. Chemie 1 Ord. Organische Chemie 1 Ord. Physikalische Chemie
Biologie	1 EO Botanik 1 EO Zoologie	
Geologie und Mineralogie	1 Ord. Geologie und techn. Gesteinskunde 1 Ord. Mineralogie	1 EO Angewandte Geologie

Die alte Rechnung war so

Film entwickeln u. 36 Vergrößerungen kosteten. DM 11,90. Meine modernen Elektronik-Vergrößerungsmaschinen ermöglichen das gleiche für nur DM 6,86 in den Bildgrößen 7x10 und 9x9.

PHOTO - HAUSCHILDT
Darmstadt, Ludwigstraße 9

Mitteilung für Theaterinteressierte

Nach einer Vereinbarung mit dem Direktor des Landestheaters können wir Ihnen in Kürze täglich ab 10 Uhr Bescheid geben, wieviel Karten für den jeweiligen Abend an der Theaterkasse vorhanden sind.

In Halle 8 werden neben dem Pfortnereingang am Verwaltungsbrett unter dem Plakat des Landestheaters zwei auswechselbare Anschläge angebracht, aus denen Sie erfahren, ob „Karten vorhanden“, „ausverkauft“ oder „vielleicht ab 12.00 Uhr zu haben“ sind, d. h. sowohl für Veranstaltungen in der Orangerie wie auch in der Stadthalle.

Margrit Hübner (Kulturreferentin)

Betr. Beitrag „Freiheit, die wir meinen“, von K. Kaufmann in Nr. 50 der dds.

Da ich selbst bis 1957 in der DDR gelebt habe, glaube ich die Verhältnisse in den beiden Teilen des „armen, zweigeteilten Deutschland“ — wie es Herr Kaufmann nennt — genügend einschätzen zu können, um der Quintessenz des Beitrages „Freiheit, die wir meinen“ voll zustimmen zu können. Wenn wir unsere Vorstellung von der Freiheit mit solchen Mitteln, wie dem Gesetzentwurf über Ein- und Ausreise des Innenministeriums verteidigen müßten, so würden wir nur Zweifel an der Überlegenheit unseres Systems, das letzten Endes nur auf diesem vielgestaltigen Begriff der Freiheit beruht, offenbaren. Mit diesen Maßnahmen ist Niemandem gedient und ich sehe sie fehl am Platz!

Reinhard Nürnberg